

# Correspondent

Erste  
Dienstags, Donnerstag,  
Sonntags.  
Jährlich 150 Nummern.

für

Alle Postanstalten  
nehmen Bestellungen an.  
Preis  
vierteljährlich 65 Pfennig.

## Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer.

39. Jahrg.

Leipzig, Donnerstag den 24. Oktober 1901.

№ 125.

### Die schiefe Bahn.

Kollege Wsch.-Stuttgart hat uns in Nr. 119 des Corr. in allen möglichen und unmöglichen Tonarten die Berwerflichkeit, Schlechtigkeit und Unhaltbarkeit der nun getroffenen Tarifvereinbarungen vorgehalten. Er hielt es aber nicht der Mühe wert, uns einen andern Vorschlag, um zu besseren Lebensbedingungen zu gelangen, zu machen. Der 1891er Kampf, der Nietenstreik der Hamburger Hafenarbeiter 1896, die jüngst verlorenen Streiks der amerikanischen Stahlarbeiter, der Hallenser Maurer, der Glasarbeiter usw., usw. sind doch wohl Lehren genug; auf eine neue in der jetzigen Periode können wir Buchdrucker — meiner bescheidenen Meinung nach — dankend verzichten. Allerdings haben unsere schon so tiefgebrühten Hoffnungen noch manchen Dämpfer erfahren, dennoch glaube ich, daß es einen harten Strauß geben wird, bis das Wenige, welches auf dem Papiere uns als recht und billig zuerkannt ist, in allen seinen Teilen von der Prinzipalität respektiert wird. Zweck dieser Zeilen ist nun, die Kollegenchaft, speziell die der Provinz, zu ermahnen, manhaft bei der nun bald beginnenden Tarifkampagne für die neuen Bestimmungen einzustehen, denn leider gibt es jetzt noch — bei Ablauf des alten Tarifes — so manche „tarifstrenue“ Bude, bei der — in punkto Tarif — doch so manches hapert; ich brauche bloß Lehrlingszahl, Ueberstundenentschädigung, Berechnen im Gewisse, zum Ueberflusse auch noch die Bundesratsvorschriften, auf deren Befolgung wir Arbeiter doch wohl ein ganz beträchtliches Recht haben — herauszugreifen. Größtenteils sind diese Sünden auf die Nachgiebigkeit der Gehilfen selbst zurückzuführen.

Der Stuttgarter Kollege mag ja recht haben, daß ein „derartiges Monstrum von Tarif“, wie er gegenwärtig im Entfesseln begriffen ist, für die Großstadt manches Schädliche in sich birgt, er möge aber bedenken, daß hier allgemeine nationale Arbeitsbestimmungen in Frage kommen, daß hier die Provinz, die Brutstätte allen Uebels der Großstadt, auch ernstlich mit der Tarifarbeit bedacht wird. So manche Druckerarbeit, so manches Werk für den Großstadtverlag wird jetzt in einer Provinzwerkstätte hergestellt, wo der Herr „Faktor“ mit seiner Lehrlingszahl, hier und da von einem jungen Gehilfen mit 12 bis 18 Mk. „Salär“ unterstützt, bei unbeschränkter Arbeitszeit seines Amtes waltet. Wäre hier nicht ein fruchtbares Feld für unsere Tarifarbeit, um diesen Zuständen, die der Großstadt doppelten Schaden — erstens durch Entzug der Arbeit und zweitens durch Schaffung neuer Arbeitskräfte bringen, ein Ende zu machen? Ich bin der festen Ueberzeugung, daß dies uns bei einiger Energie voll und ganz gelingen wird — jedoch nur durch ein „derartiges Monstrum von Tarif“.

Ich habe vorhin bereits die untariflichen Verhältnisse erwähnt, die in mancher im Verzeichnisse stehenden Druckerei eingegriffen sind; wer, wie ich, die kleinstädtischen Druckerverhältnisse kennt, muß zugestehen, daß dort teilweise unhaltbare Zustände bestehen — durch die Charakterlosigkeit resp. Gleichgültigkeit der Kollegen. Hier wird oft an Zeitungstagen gefaselt, gepackt, expediert, ob's da eine Stunde länger dauert oder nicht, das ist egal. Geprüft resp. gecheckt wird, wenn's gerade paßt, Sonntagsüberstunden mit 40 Pfg. sind keine Seltenheit. Kommt da ein neuer Kollege hinein und wundert sich über die „tarifstrenue“ bei 18 Mk. usw., so wird ihm von den Verbandskollegen bedeutet, das wäre so „Mode“ — und er lebt sich in die Verhältnisse hinein. Kollegen, ermannt euch, werft die Fesseln der Faulheit und Nachlässigkeit ab, lest den Corr., informiert euch besser über eure Organisation und sorgt für menschenwürdige Lebensbedingungen in der Provinz, dann wird der Wunsch, die Großstadt als Stätte eurer Wirksamkeit aufzusuchen, euch von selbst vergehen, denn in letzterer liegt Geld auch nicht auf der Straße.

Bevor aber in der Provinz mit diesem Unwate nicht aufgeräumt ist, bevor hier nicht stabile Verhältnisse eingetreten, kann an ein Aufziehen und in die Waage bringen der „schiefen Bahn“ nicht gedacht werden. Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch den Corr. bitten, die Kollegen immer und immer wieder anzufeuern — es können dafür ja einige „interessante“ Zeilen über Accordmurer, L. B., Auer usw. fehlen — ihre Pflicht als Verbandsmitglieder zu erfüllen, in Klein- wie in Großstadt nicht nur für

schriftliche, sondern auch für tatsächliche Tarifanerkennung zu sorgen, dann wird selbst der „Bastard Staffeltarif“ — wie Kollege Wsch. ihn nennt — gute Früchte für die Zukunft zeitigen.

Leipzig.

H. P.

### Zum Staffeltarif.

Da nunmehr dieser prächtige Tarif von unseren Prinzipalvertretern angenommen worden ist, was wohl niemand ernstlich vorausgesetzt hat, so ist es geboten, diesen Tarif recht eingehend mal zu betrachten. Die Gesamtgehilfenschaft hat sich auch aus dem vorerwähnten Grunde allen Ernstes nicht darüber klar gemacht, welche Schäden dieser Staffeltarif in sich schließt; dies allein gibt mir auch die Erklärung, daß die Gehilfenversammlungen so eine wie die andre sich einverstanden erklären mit den getroffenen Vereinbarungen. Ebenso wie unsere Gehilfenvertreter, unvorbereitet wie sie waren, den Staffeltarif nur einseitig betrachtet haben, so ist es jetzt die Gehilfenschaft, die sich von den Gehilfenvertretern in wüthiger Auseinandersetzung beissen, was sie mitbringen, zu beinahe willenloser Annahme bewegen läßt! Ist es nicht viel, nun — dann ist's wenig! Aber es ist ja hinwiederum ganz erklärlich, denn wer wollte ableugnen, daß eine höchst bedauerliche Gleichgültigkeit unter der Kollegenchaft selbst bei den wichtigsten Fragen herrscht! Ich möchte sagen, daß der Staffeltarif überhaupt unannehmbar ist. Aber — er ist ja eigentlich schon angenommen. Für denjenigen, der die Ziele sich vorgezeichnet sieht, die der Verband sich gesteckt hat und von denen er jetzt so weit, so weit abgewichen ist, der empfindet bitter, was die Zukunft uns bringen wird — denn es muß, es wird sich rächen, was jetzt die Gehilfenschaft sich annehmen zu müssen gezwungen sieht. Ich will die einzelnen Lohnsätze nicht erst mehr aufzählen, da sie jedem Kollegen bekannt sein müssen. Der große Schaden liegt bei dem neuen Staffeltarife nicht nur darin, daß die jungen Kollegen, deren Zahl im Verbande sich immer mehr vergrößert (? D. Neb.), mit eines ganz minimalen Erhöhung abgefertigt werden, sondern darin, daß

1. sämtlichen befristeten Kollegen es ungemein erschwert wird, überhaupt noch eine Zulage für ihre schlecht bezahlten Leistungen zu erhalten;
2. das Minimum mithin erst vollständig zum Maximum wird;
3. die älteren Kollegen nun mehr noch als die jüngeren die Landstrafe bevölkern werden;
4. das Streben eines befristeteren Kollegen, und das steigt doch namentlich in jüngeren Jahren, gewissermaßen erlöset wird.

Den jüngeren Kollegen wird bei der Bitte um Gehaltsaufbesserung alsdann gesagt werden, „wir können Ihnen doch nicht geben was die älteren haben“; diese aber werden zur Antwort erhalten, daß sie ja sowieso schon mehr als die jüngeren bekommen. Es wird ohne Zweifel das Minimum alsdann erst vollständig zum Maximum. Ist das aber von uns gewollt, indem wir ein tarifliches Minimum festsetzen? Und doch bedeutet der Staffeltarif eigentlich: Du darfst nicht über das Dir Zustehende hinausgehen! Wenn die Prinzipale sich beklagt haben, wie Herr Blütenstein sich geäußert, daß sie den jungen Kollegen das selbe geben müssen wie den älteren, so steht es doch ganz einfach bei den Prinzipalen, gerechtfertigten Bitten um eine Zulage über das gleichmäßige Minimum auch Folge zu geben. Aber meines Erachtens haben die Prinzipale hier einen doppelten Erfolg aus dem neuen Tarife gezogen. Sie haben nicht nur durch ihre „wohlwollende“ scheinbare Unterstützung der älteren Kollegen den ganzen Tarif zu einer recht minimalen Erhöhung gebracht, sondern auch durch diese Staffeltarif-Entlohnung eine Lohnzulage des Einzelnen im großen und ganzen unmöglich gemacht!

Was den dritten Punkt anbelangt, so ist es wohl jedem klar, daß für die Praxis die schönen Worte des Herrn Blütenstein: „Durch die paritätischen Arbeitsnachweise ist eine Bevorzugung jüngerer Arbeitskräfte ausgeschlossen; die Befürchtung, daß man diese also den älteren Gehilfen vorziehen wird, ist hinfällig“, gar wenig Anwendung finden werden. So viel uns auch daran liegt, daß die Arbeitsnachweise ausgebaut werden — es

schließt das unter absehbaren Verhältnissen nimmer aus, daß gar mancher Prinzipal einen älteren Gehilfen hinausbalanciert und einen jüngeren an seine Stelle setzt. Willkommensten Anlaß bietet hierzu ganz besonders eine Forderung der über 24 Mk. ausschl. Lokalzuschlag entlohten Gehilfen, denen tariflich das Recht ja gar nicht mal zusteht, mehr zu fordern! Und hier — mit der Annahme dieses Punktes, daß Gehilfen, die mit 24 Mk. und darunter ausschl. Lokalzuschlag entloht sind, die gleiche 7 1/2 Proz. Lohnerhöhung zusteht, ist eine weitere große Sünde von unseren Gehilfenvertretern begangen worden! Wenn der eine Gehilfe 25,00 Mk. bekommt und sein Nebenmann hat 24,00 Mk., so bekommt der letztere alsdann 25,50 Mk., während ersterer leer ausgeht. Ja, da heißt es, der Gehilfe müsse so viel Rückzug haben, selbst die Zulage zu erringen! Aber — er hat ja gar nicht das tarifliche Recht, dies zu fordern: er darf sich's nur wünschen!! Fordert es der Kollege dennoch, so schlägt er gewiß fast immer seine Kondition in die Schanze und — hat nicht einmal statistischen Anspruch auf Gemäßregelten-Unterstützung! Nun — wenn er nicht auf die Landstraße gehen muß, so bringt ihn ja vielleicht der Arbeitsnachweis unter — zum Altersklassen-Minimum! Und das ist die Unterstützung des Einzelnen — die Gleichberechtigung. — Es wird sich jetzt wohl im Klimaxischen Anzeiger auch halb mal ein Stellenangebot finden: Junger Seher, nicht über 21 Jahre, findet tarifmäßige Kondition.

Mit Bezugnahme auf den vierten Punkt weise ich darauf hin, daß auch unter den jüngeren Kollegen tüchtige Kräfte sind. Gerade mancher junge Kollege strebt danach, der edlen Kunst Gutenbergs in seinen vielseitigen, schönen Idealen immer mehr gerecht zu werden. Wo aber keine Anerkennung dessen ist, da erschläft auch das. Wie wenig materielle Anerkennung ihm in der Folge wird, ist wohl jedem klar. Es würde auch zu weit führen, wollte ich auch noch darauf eingehen, daß der junge Kollege von solchem Lohne die so nötigen Spargroschen für spätere Zeit, wo er auch mal ein Heim gründen will, nicht zurücklegen kann, wenn er einigermaßen anständig logieren und leben will! Denn er muß manches noch teurer als der Verheiratete bezahlen! Ich begnüge mich daher mit diesem Hinweis.

Man wird sich fragen, wie es möglich ist, daß unsere Gehilfenvertreter solchen Tarife zustimmten. Durch die zuerst gemachten Zugeständnisse vermochten die Prinzipale unsere Vertreter nach, wenn auch langen Verhandlungen, dem Tarife zuzustimmen. Die kleinen Vorteile kommen aber nur den Berechnenden zu Nutzen, das Berechnen aber — wer wüßte das nicht, wird mehr und mehr aus der Welt geschafft werden, denn welche Vorteile die Prinzipale beim Gehilfegeld haben, haben sie wohl erkannt. Aber gerade darum wäre es ganz gerecht gewesen, das Minimum zu erhöhen. Statt das eine mit den seit sechs Jahren gehegten Erwartungen in Einklang stehende Erhöhung eintritt, bedeutet ein Punkt noch eine Verschlechterung. Es kann jetzt im ersten Gehilfenjahre ein Minimum von 18,00 Mk. gezahlt werden. Wenn — wie es noch vorkommt — ein Gehilfe fünf Jahre gelernt hat, so kann ihm, selbst wenn er die Lehrdruckerei verläßt, ein Lohn von 18,00 Mk. bis zu 20 1/2 Jahren gezahlt werden! (Das steht nirgends im Tarife! D. Neb.) Und das gibt der stolze Verband zu? Solch ein Tarif ist unannehmbar. Und doch ist er angenommen worden! Ich will nicht die Handlungsweise der Gehilfenvertreter kritisieren, aber das geht aus dem Protokolle klar hervor, daß ihrerseits mehrfach taktlose Fehler begangen wurden und daß sie ferner viel zu sehr auf die Humanität der Prinzipale gebaut haben! Daß die Prinzipale einen den heutigen Feuerungsverhältnissen entsprechenden Tarif hätten annehmen können, geht aus dem Umstande hervor, daß sie sich gegen Erhöhung der Papierpreise und Materialien längst mehr als ausreichend durch Erhöhung der Zeitungsabonnements und Druckpreise gesichert haben. Ich möchte sagen, daß die Prinzipale aus der heutigen ungünstigen Konjunktur mithin einen ganz erheblichen Vorteil erzielt haben. Ganz unverstänlich muß man aber finden, daß unsere Vertreter einem solchen Tarife zu einer Geltungsdauer von fünf Jahren verheissen konnten! Jetzt sollen wir uns abermals mit solchen schmachtvollen Arbeitsbedingungen fünf Jahre binden?!

In all den Versammlungsbefchlüssen, die dem Staffeltarif zustimmten, heißt es: Erklärt sich unter Berücksichtigung aller einschlägigen Verhältnisse einverstanden zc. Ja — wozu ist denn die Tarifgemeinschaft und die fünfjährige Tarifdauer da? Doch nur, um ohne Rücksicht auf die zeitweilige Konjunktur den Lohnsatz festzusetzen! Die jetzt ungünstige Geschäftslage ist aber doch unverkennbar von den Prinzipalpartnern ausgenutzt worden! Wozu denn da überhaupt die Tarifgemeinschaft, die den Prinzipalpartnern ja nun in die Hand gibt, in friedlichem Uebereinkommen die Löhne zu drücken!

Es liegt wohl klar auf der Hand, daß selbst eine Tarifinstitution und „friedliche Vereinbarung“ die schroffen Gegensätze zwischen Materialismus und arbeitender Klasse nicht auszugleichen vermag! Vielleicht, daß dies für die heutige Zeit noch verfrüht ist?

Was nun die fünfjährige Tarifdauer im Zusammenhange mit den Telegrammen an den Bundesrat und das Reichsamt des Innern anbelangt: — wenn — um unsrer Tarifgemeinschaft an höherer Stelle Würdigung zu verschaffen und dem Gewerbe die bundesrätliche Unterstützung zu erringen — dies immerhin zu würdigende Facit 40000 Gehilfen materiell bezahlen, sich abdarben sollen, dann — fort mit der Tarifgemeinschaft!

Karlsruhe.

P.

## Aus dem Gewerk- und Genossenschaftsleben.

In nachfolgender Uebersicht liegt es uns ob, die unter diese Rubrik fallenden Vorgänge von Mitte bis Ende September zu schildern und zu besprechen. Da dieselben einen ziemlich breiten Raum einnehmen, wird von einer Betrachtung über die wirtschaftliche Lage abgesehen; ist sie doch noch ebenso traurig; sind die Aussichten auch noch die gleich schlechten. In der Rundschau berichten wir ja fortgesetzt über Arbeiterentlassungen, über neue Geschäftens- und Betriebsstellungen und damit zusammenhängend über neuesten aufgedeckte Schwindereien von Kapazitäten aus der Geschäftswelt. Unsere Leser sind daher genügend orientiert und wir können uns somit den beiden Hauptereignissen dieser Periode zuwenden: der Behandlung der Hamburger Streikbruchaffäre auf dem sozialdemokratischen Parteitage und unsrer glücklichen bewerkstelligten neuen Tarifvereinbarung. In beiden Fällen werden wir die darüber bis zum Ende der ersten Oktoberwoche erschienenen Auslassungen der Gewerkschaftspresse veröffentlichen, deren Fortsetzung in der nächsten gewerkschaftlichen Uebersicht als selbstverständlich gilt.

In Nr. 115 gaben wir bereits ein zusammenfassendes Urteil über den Ausgang der Hamburger Angelegenheit — das bekanntlich uns stark verübelt wurde — und glauben deshalb von längeren Ausführungen absehen zu können. Das Referat oder besser gesagt die Anklageprobe war dem Vorsitzenden des Maurerverbandes zuerteilt. Bömelburg entledigte sich seines Partes mit so großer Sachkenntnis und Ruhe, daß in diesem Falle und hinsichtlich des vom Korreferenten Auer zu Erwartenden man diesen Mangel an Schwung eigentlich bedauern muß. Wie ganz anders Herr Auer, der vorgebildet mit neuem Materiale in die Arena sprengte und unter einer Kanonade von Invektiven gegen Legien, v. Elm, Frau Steinbach den Kern der Sache ziemlich verdunkelte. Auer war es, der in Lübeck die Batterien bemasterte, aber nicht die anderer Leute, sondern seine eignen und was man dahinter ervidieren konnte, war eine zum Erbarmen traurige Position. Das Material Auers erwies sich als brüchig, Entgleisungen und Inkonsequenzen jagten einander. So brachte der sich als strammen Zentralisten ausgebende Korreferent eine verteilte Existenzberechtigung der Accordmaurervereinigung zu stande, derselbe Auer, der in der Parteivorstandsbroschüre gegen die Buchdrucker die Ansicht vertrat: „Die Absonderung kleiner Gruppen, die Aufrechterhaltung kleiner, widerstandsunfähiger Lokalorganisationen sind Krebsgeschäden in der gewerblichen Arbeiterbewegung, die je eher je lieber aus der Welt geschafft werden sollten.“ Doch je stumpfer die Waffen, desto lebendiger das Schlachtgetöse, um so zahlreicher die Märsche und persönlichen Herabwürdigungen, bis dann endlich das große Ziel erreicht war: der stereotype stümmerische Weisfall, den man charakteristischweise auf diesem Parteitage häufig Freund und Feind gleichermaßen zu teil werden ließ. Wir haben Herrn Auer bebauert ob der Bescheidenheit seiner Verteidigungsmittel — sogar „der Reichshäuser“ mußte ihm als Schreckschußbombe dienen! — und empfanden aufrichtiges Mitleid, als am andern Tage der elendliche große Erfolg durch die seitens von Elm und Legien scharf geführte Verteidigung zu einem Pyrrhusische sieg verwandelt. Herr Auer betonte gleich anfangs seinen tranken Zustand — unser Mitgefühl ist ihm schon deshalb vom rein menschlichen Standpunkte aus sicher. Wie bekannt brachte der Parteitag eine Bewertung der Accordmaurerthaten als Streikbruch nicht fertig und hierauf gründete sich eben unser Verdikt, wenn andererseits aber der famose Doppel-Schiedspruch auch nicht unverfehrt aus der Feuerprobe hervorging, so ist dies wohl nur dem tapfern Eingreifen der Gewerkschaftspresse zu danken, die jedoch leider nur zur Hälfte den Mut zur Wahrung ihrer berechtigten Interessen fand. Die verhängliche Verurteilung Resolution mit ihren eventuellen Zwangsmaßnahmen gegen die Sonderbündel hat beziehungsweise einen großen Kassenjammer erzeugt, um das Leben gern möchte man sie ungeschehen machen.

Und nun zu den Freßstimmen. Im Korrespondenzblatte der Generalcommission hält Legien zuvörderst gründlich Abrechnung mit Auer. Mit dem Ergebnisse selbst ist er merkwürdigweise zufrieden; glücklicherweise sei der Schiedspruch nicht vollinhaltlich anerkannt, die formelle Aufhebung jedoch auch nicht erfolgt. Die Resolution Bernstein gebe den Gewerkschaften mehr als im vorliegenden Falle nötig war. — Das Organ der Maurer behandelt die bezügliche Debatte auf dem Parteitage mit einer Ruhe und einem Gleichmüte, die man vielleicht für die fernliegenden Dinge übrig hat und die selbst am abfischen von dem vorher geführten Tone. Sein Schlußwunsch: „Hoffen wir, daß mit dieser Erledigung auch der unerquickliche und schädliche Streit, den diese Angelegenheit zwischen Partei und Gewerkschaft herbeigeführt hat, zu Ende gekommen ist“, gibt vielleicht einen Anhaltspunkt zu diesem sonderbaren Befriedigtsein. — Die Fachblätter der Textilarbeiter, Gut- und Handschuhmacher brachten entweder nur die angenommenen Resolutionen oder fügten einige zustimmende Zeilen an. — Das Schuhmacher-Fachblatt erklärt die gefundene Lösung als sehr einfach und spricht von spaltungslüfternen Gegnern, die ein neues, willkommenes Freßessen gehabt hätten. — Die Bildhauer-Zeitung kritisiert Auers Verhalten, findet den geschlossenen Kompromiß in Anbetracht der zu Tage getretenen Gegenstände eigentlich als verwunderlich, springt dann aber Auer zu Hilfe bei dessen Bemühnen, den Corr. als schwarzer Mann hinzustellen. „Niemand auf dem Parteitage reagierte auf diese Anregung! gemeint ist die angeblich von uns geführte, zum Vorschlag gegen den Terrorismus, den die Partei gegen die Gewerkschaften ausübe. Red. d. Corr.), im Gegenteile, alle Redner wiesen jede geistige Gemeinschaft mit dem Corr. f. D. B. zurück“, schreibt im weitern das zitierte Organ, dem wir nur verraten können, daß die fehlende geistige Gemeinschaft uns hißweisen und hier und da sehr sehr angenehm ist. — Die Gleichheit konstatiert mit Befriedigung: „Ein anerkennenswertes Entgegenkommen von beiden Seiten führte zu der Verständigung, die im Interesse erfolgreicher, wirtschaftlicher und politischer Kämpfe des deutschen Proletariats mit ganzer Seele zu wünschen war.“ — Der Gewerkeverein (Stich-Dunder) stellt materiell vollständig auf Seiten der Maurer; durch die Anrufung der s. d. Partei ist aber der Zusammenhang zwischen dieser und der Gewerkschaftsbewegung dargehan, von einer wirklichen Neutralität der letztern könne daher keine Rede sein. — Außerdem liegen noch drei Freßparagrafen vor, die mehr oder weniger mit dem Parteitagenschiede nicht zufrieden sind. Die Allgemeine Steinzeiger-Zeitung spricht von einem leidlichen Abschluß, der Resolution Bernstein sei ein größerer Wert als der erst angenommenen beizumessen. „Wir sehen nicht ein, weshalb sich unter Umständen nicht auch der Parteitag mit der Frage beschäftigen soll, ob Parteimitglieder, die sich ihrer Gewerkschaft gegenüber ehrenvoller Handlungen schuldig gemacht haben, würdig sind, fernerhin der Partei anzugehören.“ Im vorliegenden Falle habe es sich doch wirklich um ehrlöse Handlungen gehandelt. Als zweite ist die Gewerkschaft von der angenommenen Resolution nicht befriedigt, hält unser Urteil in Nr. 115 aber für eine einseitige Uebertreibung, die dritte Gegenstimme geht von der Bergarbeiter-Zeitung aus und ist O. H. signiert. Die in den Resolutionen ausgedrückte Kundgebung für die Gewerkschaften befriedigt nicht, sei ein Meißer ohne Klinge. Die Umwertung des offerbaren Streikbruchs in Notwehr bleibe bestehen, eine Niederlage der Gewerkschaftsführer in Lübeck sei unbestreitbar. Die Begriffe der Delegierten in dieser Frage seien sehr verworren gewesen, deren Begründung Auer mit seinen Unwahrheiten und Uebertreibungen sein beforderte; der furchtbare Groll Auers über die wachsende Bedeutung der freien Verbände sei förmlich zwischen den Zeilen zu lesen gewesen. Die Bergarbeiter-Zeitung will später den Nachweis führen, daß der Lübecker Parteitag das Ansehen der Sozialdemokratie als Arbeiterpartei nicht gewahrt hat. — Mit diesem herben Urteile verlassen wir nun für heute dieses Kapitel.

Wir Buchdrucker hatten trotz unsrer siebenstägig steigenden Spannung auf die Tarifverhandlungen unsre Aufmerksamkeit aber noch anderen Dingen zuzuwenden, als da waren die gegen Mitte des Monats erschienene vervollständigte Sechsmaschinenstatistik und die Tarifkampagne im Reichslande, die in der Hauptfrage ja auch befriedigend verlaufen ist. Wir mußten uns ferner von der Schwäbischen Tagwacht über die wirklichen, wahren und tatsächlichen Gründe der gegenwärtigen großen Arbeitslosigkeit im Buchdruckgewerbe belehren lassen und merkten nun erst, wie schlafmüdig wir gewesen und daß die Tagwacht ihren schönen Namen mit vollster Berechtigung führt. Im weitern nahmen wir mit der üblichen Vorsicht von dem Bau einer neuen elektrischen Sechsmaschine bei Schuderer Kenntnis. Und nach dieser Zeit der Prüfung erwartete uns dann das erfreuliche Resultat der sechsstägigen Tarifverhandlungen, die wir in besonderen Artikel ausführlich behandelt haben.

Das Resultat der Tarifrevision fand in der Gewerkschaftspresse bis Ende der ersten Oktoberwoche verhältnismäßig schwache Verzeichnung. Da das Ergebnis erst am 1. Oktober durch Corr. und Vorwärts bekannt geworden, der Ausgang der Hamburger Streikbruchaffäre aber schon am 28. September, so klärt sich der Unterschied leicht auf. Die Buchhinder-Zeitung bezieht das Resultat als ein günstiges, es seien Forderungen durchgedrückt von großer, weittragender sozialpolitischer Bedeutung. Der Staffeltarif sei eine kritische Sache, die

Wiedergewinnung Rheinland-Westfalens aber sehr wertvoll, mit dem Beschäftigungsverbote ungelernter Arbeiter als Maschinenmeister hätten sich letztere „eine große Anzahl Lohnrücker vom Halbe geschafft“. Es sei ein Sieg im Frieden, der gerade wegen der ungünstigen Zeitverhältnisse auch dem Blödesten beweisen müsse, welche Macht eine gute Organisation und gefüllte Kassen repräsentieren. — Die Metallarbeiter-Zeitung und die Fachzeitung für Schneider brachten die Zugeländnisse ohne Kommentierung. — Der Gewerkeverein sowie die — allerdings nicht gewerkschaftlichen — kirchlich-sozialen Blätter begrüßten die Vereinbarungen mit besonderer Wärme. — Die Sattler-Zeitung registriert die Bohnenerhöhung, die Telegramme finden ihre Beurteilung. — Der Handschuhmacher meint, bei Beurteilung des Gewinnes sei nicht zu übersehen, daß dieser in der denkbar ungünstigsten Konjunktur auf dem Verhandlungswege, also ohne jedes bedeutende materielle Opfer seitens der Gehilfen erzielt wurde. Die beiden Telegramme zeugten jedoch von einer hochgradigen „Harmlosigkeit“ der Gesinnung. Nebenbei bemerkt ist der Irrtum, die Tarifvertröter seien Beauftragte des Verbandes, die Telegrammgeschichte daher diesem aufzuhängen, ein laubkäufer: daß die Tarifgemeinschaft eine Organisation für sich bildet, ist immer noch nicht genügend bekannt. — Die Glaser-Zeitung fällt daselbe Urteil, auch das nämliche Verdikt über die Telegramme, befindet sich also in dem gleichen Irrtum. — Späzig ist die Holzarbeiter-Zeitung, die in der Nummer vom 6. Oktober noch nichts Positives über die Abmachungen bringen konnte, dafür aber mit wahrem Stöhnung auf die Telegramme stützt. „Dem Grafen Potodowsky, dem Schöpfer der Buchhändler-vorlage, hurrah, hurrah, hurrah“ lautet der vielerprechende Anfang. Der Vorgang beweise, wie nett die „Vertreter der organisierten Buchbruderschaft“ es den Kriegerevereinnern abgedugt haben, wie man sich rühmpert und dudt; die Gehilfte sei für die Arbeiterbewegung zum mindesten beschämend. Die überstürzende Eile dieser Entrüpfung kontrahiert doch mit der Gemächlichkeit der Holzarbeiter-Zeitung in der Hamburger Affäre gar zu sehr; in diesem Falle sechs Tage, in jenem volle sechs Wochen zur Urteilsfassung! — Das Korrespondenzblatt der Generalcommission betrachtet das Ergebnis als „eine nicht zu unterschätzende Errungenschaft, um so wertvoller, als die Zeit des wirtschaftlichen Niederganges andere Verufe zur Verteidigung des bisher in mißglückten Kämpfen erreichten Standards zwingt“. Aber die Telegraphierung — „das ist denn doch ein Vergehen, das die gesamte Gewerkschaftsbewegung weit von sich weist“. Nun im Corr. ist dies schreckliche Vergehen seines gefährlichen Neukerns entkleidet worden.

Bei den Buchhändlern hat die praktische Handhabung des umfangreichen Accordtarifes erhebliche Abweichungen zwischen den rivalisierenden Städten Berlin und Leipzig gezeigt. Für Vorrichtarbeiten erhalten nämlich die Arbeiterinnen in Berlin den gleichen Lohn wie die Gehilfen in Leipzig aber wird seit vielen Jahren auf diese fast ausschließlich von Arbeiterinnen hergestellten Vorrichtarbeiten ein Abzug von 2½ bis 30 Proz. gelegt. Die Berliner Prinzipale verlangen nun Befreiung dieses Bräudes resp. reklamieren daselbe Recht auch für sich unter Hervorführung der üblichen Konkurrenzgründe. Die von ihren Prinzipalpartnern bedrängten Berliner Gehilfen glaubten den Weg zur Lösung dieser Schwierigkeiten in einer gemeinsamen Konferenz der Orte Berlin, Leipzig und Stuttgart zu finden, welche auch am 15. September in der Reichshauptstadt zu stande kam, von den Leipziger Buchhändlerbestimmern jedoch wegen „bringender Abhaltung“ nicht besucht wurde, indes von einer Stuttgarter Vertretung nachträglich Abstand genommen war. Die fragliche Klüte in dem Tarife auszufüllen stand bejagter Konferenz nicht zu, aber auch eine Verständigung konnte trotz der von den Berliner Prinzipalpartnern betonten Dringlichkeit wegen Abwesenheit der Leipziger Arbeitgeber nicht erfolgen. Die Leipziger Gehilfenvertreter übernahmen jedoch die Verpflichtung, in kürzester Frist das dortige Tarifschiedsgericht über Mittel und Wege zur Aufhebung dieser Sonderabmachung befinden zu lassen, andernfalls die beiderseitigen Vorstände eine endgültige Regelung herbeiführen müßten. Die Leipziger Gehilfen beklundeten damit den ersten Willen zur Ausgleichung dieser Differenz, die Buchhinder-Zeitung erwartet aber von den Prinzipalpartnern dieselbe entschiedene Bereitwilligkeit, denn einer nur den Gehilfen auferlegten Verpflichtung wäre energisch zu widersprechen; die Prinzipale hätten gleichermassen zur Befreiung von Mißständen beizutragen. Eine im Laufe der Verhandlungen angeregte Vermittelung des Tarif-Amtes der Buchdrucker erledigte sich durch die Erklärung, das Tarif-Amt wolle mit der Sache nichts mehr zu thun haben, weil selbiges über das Nicht-einhalten der vorjährigen Abmachungen entzündet sei. Unsere Leser werden sich erinnern, daß in Buchhinderkreisen über das erfolgreiche Eingreifen unsers Tarif-Amtes im vorigen Jahre vielfach starker Unwillen herrschte; hier war man offen und brachte mit mehr oder weniger Radikalismus diese Gefühle zum Ausdruck, dort zeigte man sich darin etwas zurückhaltender, überall aber war wohl die allgemeine Ansicht: ohne die Einmischung des Tarif-Amtes wäre mehr erreicht worden. Und nun nach einem Jahre muß diese, bei ihrer Vermittelung nur von den besten Beweggründen geleitete Stelle ein solch herbes Verdikt über die Respektierung der gefassten Beschlüsse fällen!!! — Die Organisation unsrer Schwäger hat die Wirkungen der rückläufigen Konjunktur auch schon merklich zu spüren. Das zweite Quartal d. J.

schließen gegen das erste mit einem Minus von 897 Mitgliedern ab, es soll damit der Rest von den Mitgliedern wieder den gewohnten Weg gegangen sein, der bei der Bewegung im vorigen Herbst dem Verbands beitrug. Die Unsicherheit derartigen Zuwachses ist allerdings in der ganzen Gewerkschaftswelt bekannt. Im Arbeitslosen-Unterstützung wurden gegen das zweite Quartal 1900 5800 Mk. mehr verausgabt; die Arbeitslosigkeit soll seit langem nicht so groß gewesen sein als in diesem Sommer.

Der Verein der Lithographen und Stein-drucker ist in das zweite Dezennum seines Bestehens eingetreten. Für die mannigfachen Zwecke wurden in den ersten zehn Jahren 388 751 Mk. ausgegeben und 120 Lohnbewegungen (seit 1896) machten zufolge ihres günstigen Ausganges Mitglieder und Organisation in erhöhtem Maße leistungsfähig.

Die Bergarbeiter haben mit einer vom Redakteur Hué ausgetrollten Frage Stoff zu einer recht ausgiebigen Diskussion erhalten. Er regte nämlich vor einiger Zeit für die organisierten Arbeiter im Ruhrreviere Unterrichts-kurse an, in denen er die beste Gelegenheit zur Auszubildung geeigneter Personen als Redner und Agitatoren erblickt; als Vortragende sind Männer wie Legien, Dr. Erdmann, Segib, Düwcll u. a. gedacht. Von Seiten der leitenden Personen im Bergarbeiterverbande findet dieses Projekt seiner vielseitigen Unausführbarkeit wegen kühlste Ablehnung, aus Mitgliedertreue jedoch mehrfach kräftige Befürwortung. Das Ideale an dem Guteschen Vorhange ist hauptsächlich seine etzige Empfehlung, wie es denn auch den gewöhnlichen Arbeiter nur ehren ansetzt, wenn sein Wissensdrang jedwede Gelegenheit zur Betätigung mit einem gewissen Ansehen ergreift. Die Schwierigkeiten eines solchen Projektes aber sind damit um kein Jota vermindert. Weber werden die Gewerkschaftskartei zur Tragung der materiellen Lasten im Stande sein, noch ist die Heranziehung von Referenten aus allen Richtungen der Windrose empfehlenswert, denn diese Herren müßten doch wohl des öftern Vorträge halten. Unfers Erachtens läßt sich ein solches Vorhaben nur örtlich ermöglichen und als geeignetste Form würden wir eine Institution nach dem Muster der Berliner Arbeiter-Bildungsschule empfehlen. — Jedenfalls mit Veranlaßt durch die Debatten auf dem Mediankongreß über die Vorteilhaftigkeit des Achtstundentages wurde die Aufmerksamkeit auf den schlesischen Bergbau gelenkt, in welchem zum Teile seit 1897, teils erst seit dem Vorjahre verschiedene Gruben die Achtstundenschicht eingeführt haben. Die erste Veranlassung zu deren Einführung war ein Naturereignis, infolge dessen die davon verschonten Schächte durch einen dreimaligen Schichtwechsel einer erhöhten Ausbeute unterworfen wurden. — Im vorigen Jahre stellten die Bergleute anlässlich des österreichischen Bergarbeiterstreiks dann den Antrag auf Einführung der Achtstundenschicht, welchem Verlangen bis Ende 1900 vier Grubenverwaltungen nachkamen, die den größten Teil der Gesamtbelegschaft beschäftigten. Der Effekt dieser Arbeitszeitverkürzung ist bei einer Schichtverkürzung von mindestens 20 Proz. nur eine Minderleistung von nicht einmal 5 Proz., die Löhne aber haben durchweg eine kleine Aufbesserung erfahren. Ob das in Schlesien gezeigte Beispiel in den übrigen Bergbezirken mit zum Teile zwölfwündigen Schichten Nachahmung findet, bleibt von der Zukunft zu erwarten; in der jetzigen Depressionsperiode denken die Bergwerksbesitzer nicht im Entferntesten daran. — Die vom Redakteur Hué stets energisch betonte, praktisch jedoch nicht immer einwandfrei betätigte Neutralität der Gewerkschaften insonderheit des Bergarbeiterverbandes hat schon häufig Anlaß zu Schärmen gegeben. Herr Auer holte erst kürzlich zu einem kräftigen Hiebe gegen Hué aus und gleich darauf gab es schon wieder einen neuen „Fall“. Der als Reichstagskandidat für Bochum in Aussicht genommene Bergarbeiterinvalide Peter Meis soll sich diese Auszeichnung nämlich verschaffen haben durch die Weigerung, zur Märzfeier eine entsprechende Rede in Bochum zu halten. In einem veröffentlichten Briefe hat Meis gekündigt, daß die Annahme, durch seine Kandidatur der sozialdemokratischen Partei noch fernstehende Bergleute und sonstige Arbeiter zuzuführen, eher in das Gegenteil sich verwandeln könnte; auch könne schon durch gedachte Bestrebungen die bei den politisch Indifferenten für ihn vorhandene Sympathie verloren gehen. Der Vorwärts nahm von diesem Vorgange unter der Stichmarke „Unter falscher Flagge“ Kenntnis und brückte seine Verbiegung aus, daß die Bochumer Genossen mit dieser „Neutralität“ nichts zu thun haben wollen. Nach einer andern Darstellung hat man Meis auf der Kreis-konferenz nur abgelehnt, weil er Neutralitätsbüssler sei. Dieser letztere „Vorwurf“ hat augenscheinlich aber wenig Berechtigung, denn Meis bekleidet eine Anzahl Ämter in der sozialdemokratischen Partei, während er in seiner Gewerkschaft gegen die Neutralitätsrichtung immer entschieden opponierte. Die Bergarbeiter-Zeitung beklagt diesen Vorfall nun recht benehlig und der Angegriffene fandte dem Vorwärts eine Erklärung, die seine Position jedoch nicht verbesserte. Nach untrer Auffassung hat der Mann nur einen ethischen Standpunkt eingenommen, wenn er die geschädigten Bedenken zum Ausdruck brachte, denn es gehört schon ein starkes Stiel Lebermenschen-tum dazu, heute enragierter Neutralitätsgewerkschaftler zu sein und morgen als Volkstribun fast ausschließlich Negations-politik zu treiben. Da Meis untrer Wissens in der Hauptverwaltung des Bergarbeiterverbandes angestellt und für diesen die Neutralitätsstaktik durch Generalversamm-lungsbeschluß quasi festgelegt ist, so würde ja ein wunder-

voller Dualismus geschaffen sein. Wir finden also das Verhalten des Exkandidaten um so korrekter, je bestren-dender uns das Verhalten der Bergarbeiter-Zeitung in dieser Frage berührt. Die ganze Nüchternheit dieser Polemik wird an der apostrophierten Stelle wenig Ein-druck machen, auch die Betenerung: „Uns fällt es im Traume nicht ein, gewerkschaftliche Reichstagskandidaten“ zu befürworten. Wir sind keine Nurgewerkschaftler, keine Neghäuser, keine Compers“ wird ihre Wirkung verfehlen, wenn man weiß, daß sich die Bergarbeiter-Zeitung erst anfangs dieses Jahres unter der Ueberschrift „Deutsche Gewerkschaftler als Parlamentarier“ u. a. folgendermaßen vernehmen ließ: „Das Blatt (gemeint ist die Westdeutsche Arbeiter-Zeitung, Red. v. Corr.) regt die größere passive und aktive Beteiligung der Arbeiter bei der Aufstellung der Parlamentskandidaten an! Mit gutem Rechte, denn kein Baron oder Graf, kein Prälat oder Bisat, mag er auch noch so tüchtig sein, ist geeignet, als wirklicher Arbeitervertreter zu erscheinen, da muß das Mitglied der Klasse selbst einfinden. Wasßall sollte das auch nicht sein? Wir sind der Ansicht, daß heute ein vielbeschäftigter Gewerkschaftsführer nicht mehr Zeit findet zur thatkräftigen parlamentarischen Arbeit. Es müssen aber Vertreter der Gewerkschaften in die Par-lamente, um dort als Sachverständige den sozialen Fortschritt zu fördern. Darum bessere Arbeitsteilung in den Arbeiterverbänden, um befähigten Gewerkschaftern auch Zeit zur Ausübung eines Parlamentsmandates zu verschaffen! . . . Wie nützlich wäre es z. B. für die Berg- und Hüttenleute, wenn im preussischen Landtage einige Arbeitervertreter säßen, die selbst ehemals der Berg- und Hüttenarbeiter Dasein genossen!“ Die Bergarbeiter-Zeitung bezeichnet im weiteren Verlaufe dieser Offenbarung sans gène die christlichen Gewerkschaftsführer Brust und Wiesberts noch als vorteilhaftere Acquisitionen für das Landtagszentrum als manche jetzt demselben angehörende Null. Nach alledem kann man den in Berlin vor-harbenen Unwillen wohl begreiflich finden; man läßt sich dort selbst nicht durch den formvollendeten Kotau täuschen, das Schuldig des parteivollständigen Oberstaatsanwaltes läßt sich auch nicht durch Abschwörung jeglicher „Neghäusererei“ verhindern. Wenn im übrigen die gegenwärtige Redaktion der Bergarbeiter-Zeitung das Nicht-vorhandensein derartiger verpönder Umwandlungen glaubte auf das lebhafteste beteuern zu müssen, so sei sie durch das gezeigte Beispiel vor Leichtfertigkeiten gewarnt.

Die Porzellanarbeiter haben in Thüringen ihre orientalische Frage, in jenen Staatsgebilden nämlich spielt eine endlose Kette von Konflikten zwischen Arbeitern und Unternehmern dieser Branche. Jetzt ist nun wieder in Stabkesselfeld (Sachsen-Weimar) eine solche Wetterwolke aufgetaucht, deren Vertreibung aber hoffentlich den Porzellanern gelingt, wenn auch in der gegenwärtigen Zeit die Unternehmensverhältnisse auf das Koalitionsrecht der Arbeiter leider nur zu häufig ihren Zweck erreichen. Recht bezeichnend ist die von der Armee in der Nummer vom 27. September angeführte Klage über mangelhafte Ver-richterstattung in dieser Angelegenheit: Die für Stadt-leinungsfeld in Betracht kommende politische Arbeiterzeitung soll, wie wir von einem durchreisenden Kollegen ver-nommen, längere Abhandlungen über die Angelegenheit gebracht haben; ja, wir hörten so nebenbei, daß gerade diese Artikel teilweise mit die Schuld an der jetzigen Bekriegung der gewerkschaftlichen Orga-nisation tragen, das öffentliche Organ eben dieser Organisation hat aber nichts Schriftliches in Händen, was es in den Stand setzt, den Mitgliedern eingehend be-richten zu können.“ — Daß auf diese Weise schon viel Unheil angerichtet worden ist, kann nicht bestritten werden. Mit der Erstarkung der Gewerkschaftsbewegung und in-solange energischer Proteste der betroffenen Fachpresse hat zwar eine Milderung zum bessern Platz gegriffen, dieser Wandel wird ja aber nun ein vollständiger werden, nach-dem anlässlich der Hamburger Accordaffaire alle Partei-instanzen und -zeitungen eine Einwirkung in gewerkschaft-liche Angelegenheiten als „durchaus unzulässig“ bezeichnet haben. — (Schluß folgt.)

## Korrespondenzen.

nd. Gesehtiraden. (Versammlungsbericht vom 13. Oktober.) Der Vorsitzende begrüßte in herzlichen Worten die zahlreich erschienenen Kollegen und wies vor Eintritt in die Tagesordnung auf den neugeschaffenen Tarif hin. Wenn auch das Ergebnis der Tarifverhand-lungen nicht zu aller Zufriedenheit ausgefallen sei, so habe doch die Kollegenchaft von ganz Deutschland sich größtenteils einmehmend für den neuen Tarif aus-gesprochen und er hoffe dieses auch vom hiesigen Dreie. Zu begrüßen sei es, daß die Prinzipale Rheinland-West-falens sich der Tarifgemeinschaft angeschlossen hätten und sei es nunmehr für selbstverständlich zu halten, daß die hie-sige Tarifgemeinschaft als ein großes soziales Werk gepriesen habe. Was die materielle Seite des Tarifes anbelange, so müsse den teuren Lebensverhältnissen im Kohlenreviere Rechnung getragen werden und hoffe er, daß das Kreis-amt die Regelung der Lokalzuschläge in zufriedenstellender Weise erledigen werde. — Es wurde Johann in die Tages-ordnung eingetretet und nach der Protokollverlesung die Aufnahme zweier Kollegen dem Gausvorstande empfohlen. Es erfolgte nunmehr der Kassenbericht pro drittes Quartal.

Der Mitgliederstand beträgt gegenwärtig 18. Unter Ver-schiedenes schickt Kollege Kaffner die Tariffrage an und führte aus, daß wir auf keinen Fall mit dem Ergebnisse der Tarifverhandlungen zufrieden sein könnten. Die Lage der Kollegenchaft sei abermals verschlechtert worden. Als im Jahre 1896 nach dem damaligen Tarifabschlusse die rheinisch-westfälischen Prinzipale mit ihrem Sonderarise hervortraten, sei es der Verband gewesen, welcher den-selben mit allen Mitteln bekämpft habe und nun komme derselbe Verband her, um den Prinzipalen zur Schaffung eines ähnlichen Tarifes die Hand zu reichen. Das sei ein Schlag ins eigne Angesicht. Dafür, daß die Gehilfen-anträge nicht die nötige Unterstützung von vier Kreisen hatten und somit unter den Tisch gefallen seien, machte er in erster Linie die Corr.-Redaktion verantwortlich. Statt in befähigten Artikeln von oben herunter abzuwinken, sei es Pflicht derselben gewesen, die Gehilfenchaft hierauf hinzuweisen. Eine Arbeitszeitverkürzung sei überhaupt nicht ins Auge gefaßt; die hohe Konditionslorenziffer und die rapide Einführung der Sechsmachine hätten doch minde-stens in Betracht gezogen werden müssen. Er bat die Versammlung um Stellungnahme zum neuen Tarife. Auch der nächste Redner, Kollege Welter, bemängelte die diesmalige Tarifrevision und erklärte die s. Z. auf der Gausvorsteherkonferenz gefaßte Resolution als viel zu mäßig. Er schied die Schuld der Zentralleitung zu, die es fertig gebracht habe, über die Köpfe der Mitglieder hinweg (? D. Red.) einen derartigen Beschluß herbeizuführen. Es sprach hierzu noch eine ganze Anzahl Redner und wurde auch die bekannte Telegrammgedichte erwähnt, die Un-draltung des Reichskanzlers Bülow und des Staats-sekretärs Posadowsky als der reine Kotau diesen Per-sonen gegenüber bezeichnet. Das Fazit der Debatte war die Annahme folgender, vom Kollegen Kaffner ein-gebrachten Resolution: Die heute in Gelsenkirchen tagende Monatsversammlung ist mit dem Erfolgen der diesjährigen Tarifrevision nicht zufrieden gestellt und verwirft ganz ent-schieden die Einführung der Staffellentlohnung. Des weitem macht die Versammlung die Gehilfenvertreter sowie die Redaktion des Corr. für die unterlassene Auf-klärung der Gehilfenchaft betr. der Unterstützung der Ge-hilfenanträge von vier Kreisen, wodurch selbige hinfällig wurden, verantwortlich. Die Versammlung verpflichtet mit allen Mittel dahin zu streben, bei der nächsten Tarif-revision den Staffeltarif wieder zu Falle zu bringen. — Ein Zusatzantrag, in welchem dem Gehilfenvertreter Mirow von der Versammlung ein Tadel ausgesprochen wird, weil er es unterlassen, vor den Verhandlungen eine All-gemeine Versammlung für den ganzen II. Kreis zwecks Stellungnahme zum Tarife anzugeraumen, wurde mit knapper Mehrheit abgelehnt. — Kollege Brodick er-wähnte Johann noch das in einigen Wochen stattfindende Gewerkschaftsfest und bat um allseitige Beteiligung. So-dann wurde noch gegen den vom Gausvorstande voll-zogenen Ausschluß eines hiesigen Mitgliedes protestiert und beschloßen, die Einsetzung dieses Kollegen in seine alten Rechte beim Gausvorstande zu beantragen. Es wurden nunmehr noch einige interne, für die breite Öffentlichkeit wenig Interesse bietende Sachen erledigt und Johann die Versammlung mit dem üblichen Hoch ge-schlossen.

H. Hamburg-Altona. Mitgliederversammlung am 13. Oktober. Nach Eröffnung der Versammlung durch den ersten Vorsitzenden und Verlesung des Protokolls gab Kollege W. Schramm die Erklärung zu Protokoll, daß er nicht gesagt habe, der Lehrling bei der Firma Wirt-mann Bue. habe bis nachts 2 Uhr Ueberstunden machen müssen, sondern bis nachts 11 bis 11 1/2 Uhr. Kollege Schramm legt Gewicht darauf, daß diese Thatsache berichtet wird. — Unter Vereinsnachrichten gab Kollege Andreas folgenden bekannt: Zur Aufnahme gemeldet haben sich die Seher Max Berhold, Oskar Henning, Herrn. Heymann, Fr. Meineke, Rob. Neumann, J. F. Schwart; die Drucker Karl Horn und Herrn. Schulz. Eingetretene sind die Seher Wilh. Pieper und die Drucker Emil Krüger und Hugo Freundenthal. Gestorben sind die Mitglieder Johs. Schilte und C. W. S. Gottfried. Invalide geworden ist das Mitglied H. Siebers. Arbeitslos sind gegenwärtig 106 Mitglieder (80 Seher, 19 Drucker, 6 Sieher, 2 Stereo-typeure); frank sind 62 Mitglieder. — Kollege W. Kapp-eroth-Hannover nahm nunmehr das Wort zu seinem Berichte über die Tarifverhandlungen. In einstufiger Rede gab der Referent einen Ueberblick über die mühevollte Tätigkeit der Gehilfenvertreter. Es folgte eine lebhafteste Debatte. Im Gegenjase zum Kollegen Klapproth, der die Meinung vertrat, daß die Kollegen, die bis zu 24 Mk. auschl. Lokalzuschlag verdienen, die Tarifverbündungen von Minimum geredet erhalten werden, vertrat Kollege Demuth den Standpunkt, daß doch deutlich aus dem § 30 der Tarifverhandlungen hervorgehe, daß die Kollegen, die bis zu 24 Mk. verdienen, den Prozentsatz der Tarif-erhöhungen auf ihr Gehalt am 1. Januar 1902 zu ver-langen haben. Kollege Hanewacker erklärte, daß die Maschinenleger bei den Beratungen über 24 erhalten seien. Dadurch, daß die Normen für das Berechnen auf-gehoben seien, wäre der Reklameschreiver der Sechsmachinen-fabriken Thor und Thür geöffnet, was man jetzt schon bei der Reklame der Typographfabrik im Allgemeinen Anzeiger für Druckereien sehen könne. Die Gehilfen seien unter allen Umständen die Gerupften dabei. Dann wandte sich Redner gegen den Staffeltarif, der etne Konzeffion an die Prinzipale Rheinland-Westfalens bedeute. Kollege H. Gaucert sprach in ähnlichem Sinne. Kollege Fiedler sprach sich in längeren Ausführungen dahin aus, daß die

Maschinenmeister durchaus nicht mit dem Resultate zufrieden sein können. Die Maschinenmeisterklasse sei zwar formell beseitigt, aber das Recht der Prinzipale, bei schwierigen Druckerarbeiten eine Stunde länger arbeiten lassen zu können, stelle doch wieder dieselbe Ausnahme für die Maschinenmeister her. Die festgelegte Lehrlingsstafel bedeute für die Drucker einen großen Schaden: Jetzt schon ständen den Druckern 14 Proz. Lehrlinge gegenüber, außerdem hätten die Drucker prozentual den größten Konditionslohnstand. Dieses Verhältnis würde sich in den nächsten Jahren noch bedeutend mehr zu ungunsten der Gehilfen verschieben. Das Absenden der Telegramme an den Reichskanzler und den Grafen Pofadowsky sei ein großer Fehler gewesen. Redner brachte folgende Resolution ein: Die am 13. Oktober in Schwaffs Gesellschaftshaus tagende Mitgliederversammlung des Buchdruckervereins in Hamburg-Altona kann in dem der Gehilfenschaft auf die Dauer von fünf Jahren aufgezwungenen Staffeltarife eine Verbesserung nicht erblicken. Auch betrachtet sie das Vorgehen der Prinzipalität als eine Ausnutzung der ungünstigen Konjunktur, die zu den Voraussetzungen der Tarifgemeinschaft und dem Verhalten der Gehilfenschaft dem 1896er Tarife gegenüber im krassen Widerspruch steht. — Kollege Epping: Die Vertreter der Gehilfen haben ihr Möglichstes gethan, mehr hätte kein Kollege herausholen können. Als Maschinenmeister müsse er erklären, daß seine speziellen Kollegen ganz bedeutend zu kurz gekommen seien, doch läge die Schuld hauptsächlich an den Kollegen selbst. Wenn auch der Zentralvorstand mit der Organisation der Maschinenmeister nicht recht einverstanden sei, so müsse doch jetzt jeder sehen, daß ein Zusammenschluß der Maschinenmeister unbedingt notwendig sei. Kollege Scharenberg brachte die folgende Resolution ein und begründete dieselbe in längeren Ausführungen: Die am 13. Oktober in Schwaffs Ballhaus zahlreich versammelten Hamburger Buchdruckergehilfen erklären sich mit dem Resultate der Tarifverhandlungen durchaus nicht befriedigt, da die eingetretene Erhöhung von 7 1/2 Proz. nicht entfernt die seit 1896 eingetretene Vetterung aller Lebensbedürfnisse ausgleicht. Allermindestens erwarteten die Hamburger Buchdrucker eine entsprechende Erhöhung des Lokalzuschlages. Eine wesentliche Verschlechterung des Tarifes erblickt die Versammlung in der Einführung des Staffeltarifes, zu der ein zwingendes Bedürfnis in den letzten fünf Jahren der Tarifgemeinschaft sich nicht ergeben hat. Der Staffeltarif ist um so weniger gerecht, zumal mit der Einführung desselben das bisher bestandene kleinere Minimum für Kollegen im ersten Gehilfenjahre in der Buchdruckerei nicht beseitigt ist. Die Hamburger Gehilfen erblicken in dem Resultate der Tarifvereinbarung eine Ausnutzung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise seitens der Prinzipale durch ihre Vertreter, die mit dem Geiste einer Tarifgemeinschaft unvereinbar ist. Gleichzeitig drückt die Versammlung ihr Bedauern aus über die allzu große Nachgiebigkeit seitens der Gehilfenvertreter bei den Verhandlungen. Ebenfalls verurteilt sie auf das Schärfste das Telegramm an den Grafen Pofadowsky und spricht den Gehilfenvertretern hierfür ihre vollste Mißbilligung aus. D. Scharenberg, W. Michelmann, Paul Mirte, G. Schwedler, Paul Neumann, Otto Königsberg, W. Klein Schmidt, A. Hanewader. — Seitens des Kollegen Otto Wegger wurde folgende Resolution eingebracht: Die Versammlung mißbilligt es, daß die Vertreter der Gehilfenschaft ihre Zustimmung zu der Absendung von Telegrammen an den Reichskanzler und den Grafen v. Pofadowsky gegeben haben. Sie erklärt, mit diesem Schritte nichts gemein haben zu wollen. — Kollege Süßbrand, Wandsbeck, erklärte, daß der neue Tarif gegen das Prinzip: Gleiche Pflichten, gleiche Rechte, verstoße. Während das Gehilfengeld um 7 1/2 Proz. erhöht sei, seien die Sätze für das Berechnen nur um 5,88 Proz. erhöht. Redner bat die Kollegen, den Tarif abzulehnen. Kollege Paul Damask: Die Gehilfenvertreter haben gethan, was in ihren Kräften stand. Wer schon einmal in der Lage war, solche Verhandlungen mitzumachen, müsse sagen, daß die Gehilfenvertreter, nachdem sie vor der Alternative standen, 7 1/2 Proz. anzunehmen oder unverrichteter Sache nach Hause zurückzukehren, unbedingt recht handelten, als sie das Gebotene acceptierten. Zufrieden mit dem Tarife sei gewiß keiner. Das plötzlich aufgetauchte Interesse seitens der Prinzipale für die älteren Kollegen mache sich recht tomsch. Er bittet der Resolution Fiedler zuzustimmen. Kollege Karl Gausch verurteilte es scharf, daß seitens der Gehilfenvertreter, laut Protokoll der Tarifverhandlungen, mit keinem Worte für Abschaffung der verschiedenen Arbeitszeit für Werk- und Zeitungsdruckereien engetreten sei. Die Maschinenfeger Deutschlands müßten sich, trotz event. Widerspruchs der Verbandsleitung, enger zusammenschließen und seien einleitende Schritte in dieser Beziehung bereits gethan. Kollege H. Koch bringt folgende Resolution ein und begründet dieselbe: Obwohl die Resultate der Tarifverhandlungen im Hinblick auf die erheblich verteuerte Lebenshaltung nicht unseren berechtigten Wünschen entsprechen, erklären wir uns angesichts des wirtschaftlichen Niederganges mit den von unseren Vertretern getroffenen Vereinbarungen einverstanden und sprechen ihnen unsern Dank für die Mühewaltung aus. — In seinem Schlußworte legte Kollege Kapproth noch einmal die Schwierigkeiten dar, mit denen die Gehilfenvertreter zu rechnen hatten. Gegenüber dem Kollegen Fiedler bemerkte derselbe, daß von den Bestimmungen betr. die Ueberzettarbeit bei schwierigen Druckerarbeiten doch im Tarife festgelegt sei, daß regelmäßige Ueberstunden nicht statthaft seien. In diese Be-

stimmung hätten sich die Maschinenmeister auch zu halten. Was die ominöse Depesche anbelangt, so habe dieselbe drei Zwecke verfolgt: 1. die Mitteilung an die Regierung überhaupt, 2. die Reichsbehörden usw. zu veranlassen, ihre Druckerarbeiten nur bei tarifreuen Firmen herstellen zu lassen und 3. etwaigen „widerstrebenden“ Prinzipalen, die doch mit Vorliebe nach „oben“ sehen, die Meinung beizubringen, daß sie sich mißliebiger machen, wenn sie ihren Gehilfen nicht das gewähren, was laut Tarif als recht und billig zu betrachten sei. Die Abstimmung über die Resolutionen ergab, daß die Resolution Scharenberg u. Gen. mit 218 gegen 85 Stimmen angenommen wurde. Nachdem auf Antrag des Kollegen Koch beschloffen worden, der vorgerückten Zeit wegen den dritten Punkt der Tagesordnung, Kartellbericht, bis zur nächsten Versammlung zu verschieben, schloß der Vorsitzende die von etwa 700 Kollegen besuchte Versammlung.

**Cs. Karlsruhe.** In einer am 12. Oktober im großen Saale der Restauration Wöhrlein abgehaltenen Allgemeinen Buchdruckerversammlung nahm die hiesige Kollegenschaft bei außerordentlich starker Beteiligung den Bericht des Gehilfenvertreters Karl Knie aus Stuttgart über die Tarifverhandlungen entgegen. In 1 1/2 stündigem Referate bot Kollege Knie eine ausführliche Uebersicht der gepflogenen Verhandlungen, die erkennen ließ, welcher schwierigen Aufgabe sich die Gehilfenvertreter dabei zu unterziehen hatten. Eine Wiederholung der Einzelheiten kann wohl unterbleiben, da sich dieselben mit dem im Corr. schon aus anderen Berichten hervortretenden im wesentlichen decken und so mag hier nur die darauf folgende Diskussion, die sich zu einer sehr lebhaften gestaltete, in ihren Grundzügen wiedergegeben werden. Von sämtlichen Diskussionsrednern wurde das Ertrugene als den tatsächlichen Verhältnissen in keiner Weise entsprechend bezeichnet und sei sehr deutlich zu erkennen, daß die Prinzipale, trotz aller gegenteiligen Behauptungen, sich doch die gegenwärtige Krise im weitesten Maße zu nütze machten. Die ganze Diskussion gipfelte in der Begründung folgender Resolution, die auch mit großer Mehrheit angenommen wurde: Die am 12. Oktober 1901 in Karlsruhe stattgefundenen Allgemeine Buchdruckerversammlung erklärt, gezwungen durch die gegenwärtige wirtschaftliche Krise, den neuen Tarif anzunehmen, bedauert aber, daß das Entgegenkommen der Prinzipale eine wesentliche Minderung in der Bezahlung der Gehilfen verleierte. Sie bedauert ferner die Abschließung des Tarifes auf 5 Jahre und hofft, daß wenigstens die demnächst stattfindende Regelung der Lokalzuschläge den Gehilfen eine Besserstellung bringe werde. Sie verurteilt die Absendung des Telegramms an Reichskanzler und Graf Pofadowsky, da sich dieselben bis jetzt um die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker nicht kümmern und dieselbe von ihnen auch keine Hilfe hoffen kann. — Hervorgehoben zu werden verdient noch die von sämtlichen Rednern einmütig betonte Aufforderung an die Kollegen, in Zukunft mehr als je zusammenzuhalten, um in fester Kollegialität das Ertrugene nicht nur zu erhalten, sondern auch mit Energie darauf hinzuwirken, daß die nächste Tarifberatung eine geschlossene Gehilfenschaft vorfinde.

**v. Königsberg i. Pr.** Am 13. d. Mts. fand hier im großen Saale der Jubiläumshalle eine öffentliche Buchdruckerversammlung statt, in welcher der Gausvorleser Kollege Ginius über das Resultat der Tarifverhandlungen referierte. In das Bureau wurden die Kollegen Köhler als Vorsitzender, Osterode als Beisitzer und Vogel als Schriftführer gewählt. Der Vorsitzende begrüßte die Erschienenen, bemerkend, daß der Besuch der Versammlung nicht ganz seinen Erwartungen entspreche. Dieses Bedauern war freilich etwas verfrüht, denn viele unserer Kollegen lieben es, das sog. „akademische Viertel“ leider recht umfangreich auszumunten, was bei dieser wichtigen Versammlung wohl hätte unterbleiben können. Es füllte sich der Saal bald darauf vollständig, so daß wir von einer Versammlung von nahezu 200 Kollegen berichten können. Kollege Ginius besprach in seinem Referate den neuen Tarif in allen einzelnen Teilen und summierte zum Schlusse dahin, daß wir vieles errungen hätten, wenn auch nicht so viel in materieller Richtung als die Kollegen es wünschten, so sind doch auch die idealen Ertrugenschaften nicht zu unterschätzen. Er hoffe und glaube auch zuversichtlich, daß die Prinzipale hierorts der Einführung des neuen Tarifes keine Hindernisse bereiten werden. Bei der darauf folgenden Diskussion erklärten sich alle Redner mit dem neuen Tarife, in Anbetracht der Verhältnisse, im großen und ganzen einverstanden. Zwar wurde vielerseits der Staffeltarif bemängelt, doch herrschte auch hier die Ansicht vor, daß die Erfahrung erst klug mache. Von einem Redner wurde betont, daß die Prinzipale wohl die ungünstige Konjunktur ausgenutzt hätten und uns ein „Linsengericht“ vorgelegt worden ist. Von zwei Rednern wurde auch die Absendung der bekannten Telegramme als zwecklos scharf gerügt, jedoch wurde diesem von allen Seiten widersprochen und hervorgehoben, daß das Telegramm doch durchaus nicht den Personen gegolten. Von fast allen Rednern wurde jedoch ferner hervorgehoben, daß wir nun noch ganz besonders für die Erhöhung des Lokalzuschlages für Königsberg eintreten und die beantragte Erhöhung von 5 Proz. mit allen Mitteln zu erreichen versuchen müßten. Folgende vom Kollegen Wittenberg eingebrachte Resolution fand einstimmige Annahme: Die heute am 13. Oktober 1901 in der Jubiläumshalle tagende, von über 170 Kollegen besuchte Allgemeine Buchdruckerversammlung erklärt sich in

Anbetracht der gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse mit den getroffenen Vereinbarungen einverstanden und wünscht die vollständige Einführung des neuen Tarifes am 1. Januar 1902. Ferner erwartet dieselbe, daß auch der Königsberger Gehilfenschaft bei der Regelung der Lokalzuschläge, in Anbetracht der hohen Lebensmittel- und Wohnungspreise, eine Erhöhung auf 15 Proz. zu teil werde. Die Versammlung statet den Gehilfenvertretern für ihre mühevolle Thätigkeit bei den Tarifberatungen ihren besten Dank ab. Die vom Kollegen Hanberg eingebrachte Resolution: Die Versammlung erklärt die Telegramme an den Reichskanzler und den Minister des Innern für eine ganz überflüssige Handlung, wurde gegen etwa 6 Stimmen abgelehnt. — Nach einem kräftigen Schlußworte, in dem der Vorsitzende die Anwesenden aufforderte, nunmehr zu gegebener Zeit mannschaft für die Einführung des neuen Tarifes einzutreten, und auch die anwesenden Nichtverbänder an ihre Pflicht erinnerte, damit auch in den nicht tarifreuen Druckereien immer mehr der Tarif zur Einführung komme, wo sie einer Unterstützung der Kollegenschaft und des Verbandes gewiß sein könnten, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Leipzig.** Das Sächsische Volksblatt in Zwickau sowie die Volksstimme in Chemnitz ließen sich über die Allgemeine Buchdruckerversammlung in Zwickau berichten, wobei die betr. Berichterstatter ein derart ungerichtetes Zeug zusammengebracht, daß man die von Sachkenntnis wenig getriebene Auffassungsgabe dieser Herren wirklich bewundern muß. Ich verdimme aus naheliegenden Gründen, genannten Blättern eine Berichtigung zuzusenden, beständige insolge verschiedener Zuschriften aber an dieser Stelle, daß ein Teil mir in den Mund gelegter Sätze geradezu sinnwidrig und absolut nicht von mir gebraucht, im übrigen aber die Berichte in der bekannten tendenziösen Weise gefärbt und zu der üblichen Buchdruckerhege verwandt sind. Es kam mir auch nur darauf an, mein Schweigen nicht als Zustimmung auslegen zu lassen, und damit ist für mich die Angelegenheit erledigt. Conrad Eichler.

**e. K. Magdeburg.** Die am 13. Oktober hier selbst abgehaltene Bezirksversammlung zeigte einen befriedigenden Besuch sowohl des Vorortes als auch von auswärtig; waren doch einige Mitgliedschaften vollständig erschienen, womit sich ein reges Verbandsinteresse bekundete. Nach einem Begrüßungsliede des Graphischen Gesangsvereins und Gehung des im Mai verstorbenen Kollegen Ganze aus Magdeburg gelangte der Bezirks-Rechnenschaftsbericht zum Vortrage, welcher dem in der Frühjahrsversammlung gemachten Vorschlage völlig entsprach und in allen seinen Teilen als richtig befunden wurde. Der Bericht des Vorstandes gab dem Vorsitzenden fernig Gelegenheit, sich über die im letzten Halbjahre seitens sämtlicher Vorstandsmitglieder in fast allen Orten des Bezirks entwickelte Agitation zum Zwecke der Gewinnung neuer Mitglieder und Anerkennung des Tarifes eingehend zu verbreiten, wobei sich mancher interessante Einblick in die im Verborgenen blühenden Lehrlingsbrutstätten und teilweise geradezu jämmerliche Bezahlung der Gehilfen, die der Organisation noch fernstehen, feststellen ließ. Die weiteren Ausführungen des Vorsitzenden erbrachten den hinlänglichen Beweis dafür, daß im Bezirke noch recht viel zu thun bleibt, um einer noch großen Zahl der darin beschäftigten Gehilfen die Segnungen des Verbandes und des Tarifes zu teil werden zu lassen. — Einen ziemlich breiten Raum der Verhandlungen beanspruchte der Vortrag des Kollegen Chemnitz-Halle und die sich anschließende Diskussion. Der neue Tarif und die Aufgaben des Verbandes war das Thema, auf welchem der geschätzte Redner sein nahezu eineinhalbstündiges Referat aufbaute, dabei die Hauptpunkte der Tarifberatungen in leichtverständlicher Form erläuternd. Der Extrakt seiner Ausführungen gipfelte darin, daß die erreichten tariflichen Zugeständnisse mit den gesteigerten Lebensverhältnissen schwer zu vereinbaren seien, aber in manchen Punkten immerhin wesentliche Fortschritte für die Gehilfenschaft bedeuten. Der Referent nahm auch keinen Anstand, der Versammlung die Mehrseite der Debatte vorzuführen und so konnte er sich denn bezüglich des bis dato nicht gerade günstig beurteilten Staffeltarifes schwerer Bedenken nicht erwehren. Diese Bedenken seien aber leicht zu zerstreuen, sofern jedes einzelne Mitglied seine Schuldigkeit thue, um aus den neuerlichen Tarifabmachungen das für uns Nützliche herauszufinden. Reicher Beifall lohnte den Redner für seine überzeugenden Worte. Die nachfolgende Debatte erbrachte weder prinzipielle Einwände gegen den gehörten Vortrag, noch vermochte sie neue Momente aufzugreifen, dagegen zeigte sie Anklänge an den libalen Parteitag und lieferte auf zeitweise Proben von den Bestandteilen des neugegneten Vorsitzes: Accordmurer, Streikbrecher, Resolution Bernstein, Partei und Gewerkschaften u. s. f. — Der vorgezeichneten Zeit wegen wurde die Beratung des revidierten Bezirksstatuts vertagt. — Vorstandswahl siehe Corr. Nr. 122. — Unter Verchiedenes verbietet der eine Punkt Erwähnung, daß ein satfam bekannter Ausgesteuerter innerhalb vier Tagen nicht weniger als 16,25 Mk. Unterstufung aus den einzelnen Orten unter Vermittelung des Hans Dampf herausgeholt hat. Diese erlauchtete Leistung auf dem Gebiete der Finanzpolitik würdigte der Vorsitzende durch die Verweigerung der Unterstützung für hiesigen Ort. — Nach dem üblichen Hoch auf unsere stolze Organisation fand die insulge unfruchtbarer Debatten sich-

## Fortsetzung aus dem Hauptblatte.

lich ermüdete Versammlung am Spätnachmittage ihr Ende. — Um den auswärtigen Bezirksmitgliedern die technischen Fortschritte im Gewerbe möglichst augenfällig zu demonstrieren, war aus Anlaß der Bezirksversammlung eine Druckadrenausstellung arrangiert worden, welche Befanftaltung bei der Beteiligten das regste Interesse erweckt hat. Durch die vornehmen Darbietungen der Firmen Scheller & Giesecke, Angerer & Böschl, Aktiengesellschaft für Schriftgießerei und Maschinenbau in Offenbach a. M., Rockstrof & Schneider, König & Bauer, Maschinenfabrik Johannsberg, Viktoria-Werke in Nürnberg, D. Stempel und F. Hlinsch in Frankfurt a. M. in Dreifarbendruck, Schriftproben und Drucktableaus wurde der derzeit hohe Stand der Buchdruckerkunst genügend illustriert. Auch vom Kollegen Friedr. Kotte in Christiania war eine Kollektion musterzüglicher Accidensgen nebst Zeitungen eingetroffen, für welche Spende bestens gedankt sei.

## Numbschau.

Das Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands bespricht in der neuesten Nummer die Tarifsergebnisse der deutschen Buchdrucker und kommt zu der „rückhaltlosen“ Anerkennung, „daß die Gehilfenvertreter erreicht haben was zu erreichen ihnen möglich war und daß das Erreichte der Gesamtheit zum Segen gereichen wird. In dieser Beziehung muß man dem Buchdruckerverbande auch heute wiederum zugestehen, daß der von ihm beschrittene Weg der Tarifvereinbarung sich als durchaus ersprießlich bewährt und zu einer bisher von keiner andern Gewerkschaft erreichten allgemeinen Sicherung der Arbeitsbedingungen geführt hat. Auf diesem Gebiete hat das Beispiel des Buchdruckerverbandes bahnbrechend gewirkt.“ Daß die Gehilfenvertreter dem allerdings nicht allenthalben sympathisch aufgenommenen neuen Lohnverträge zustimmen und damit der Gefahr einer Verschlechterung der Verhältnisse namentlich in mittleren und kleineren Orten vorbeugen, wird als das bedeutendste Verdienst des gegenwärtigen Tarifabschlusses hingestellt. Auch die Dauer des Tarifes findet — nachdem festgestellt, daß schon zahlreiche örtliche Verträge von dreijähriger Dauer abgeschlossen wurden — in dem Artikelschreiber einen verständigen Verteidiger. Wir glauben darum dem Correspondenzblatte, daß jede andere Gewerkschaft unsere materiellen Verbesserungen ohne Kampf gern quittieren würde. Die heute schon eingetretene ruhigere Beurteilung der Telegramme und der Schlussworte unseiner Kollegen Döbblin von genannter Stelle glauben wir besonders hervorheben zu müssen, hoffend, in Zukunft eine konkretere Handlung aus ebenfolchen Verhältnissen heraus verstanden zu sehen und nicht wesentlichen Verdächtigungen begegnen zu müssen.

Preisse. Das Aachener Volksblatt, bisher Kopsblatt, ist selbständig geworden und in den Besitz der s.-d. Partei übergegangen. — In einem Prozesse wegen Beleidigung hatte das Landgericht in Wiesbaden dem Redakteur den Schutz des § 193 abgesprochen, da ihm ein allgemeines Recht, Uebelstände in der Presse zu rügen, nach reichsgerichtlicher Praxis nicht zustehende. Das Reichsgericht verwies aber die Sache an die Vorinstanz zurück mit der Begründung, daß der Redakteur die Interessen eines andern, die er als berechtigte Interessen erkannt habe, in seinem Blatte auch zu vertreten berechtigt sein müsse. — Der Redakteur der Reichshofen Tribune, Seimarth in Gera, war vom Schöffengerichte zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden wegen Beleidigung des Kirchenvorstandes resp. des Pastors in Thüringen. Der Einsender der Notiz, der frühere Bürgermeister in letztgenanntem Orte, hatte von Vorcommissionen berichtet, die sich nicht so wie geschilbert zugetragen. In der Berufungsinstanz wurde die Strafe auf eine Woche herabgesetzt. Wegen den Einsender war kein Strafantrag gestellt. — Das Geraiische Tageblatt sollte laut amtsrichterlichem Strafbefehl 21 Mk. zahlen wegen Nichtaufnahme einer Verächtigung. Das Schöffengericht strich diese Auflage, da am Schlusse der betr. Verächtigung eine Beleidigung enthalten war, welche zur Vernehmung der Aufnahme berechtigte. — Der verantwortliche Redakteur des Berliner Anarchisten-Organs Neues Leben, Maurer Otto Panzer, wurde wegen Aufreizung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte behauptete zwar, daß er den betr. Artikel selbst geschrieben habe, es wurde dies aber nicht geglaubt und der Vorsitzende hob hervor, daß es an der Zeit sei, gegen Siebdruckerei gründlich einzuschreiten. — Der Redakteur Bödler von der antisemitischen Staatsbürger-Zeitung in Berlin wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt wegen Beleidigung des Justizrates Cassel dafelbst. — Ein Journalist in Berlin wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er an Feldwebel und Divisions-Schriftreiber verschiedener Truppengattungen Briefe gerichtet hat, in denen er die Adressaten ersuchte, ihm über Selbstmorde, Unglücksfälle,

Zubläuen usw. gegen gutes Honorar und Zuficherung strengster Diskretion Mitteilungen zu machen. Am meisten sei ihm an „Ginabriefen“ gelegen. Das dem Angeklagten von der Polizei ausgestellt gute Lemundzeugnis schützte ihn nicht vor Strafe, da es den Soldaten unter Androhung strenger Strafen geboten ist, über militärische Vorkommnisse Verschwiegenheit zu bewahren, in dem Vorgehen des Angeklagten daher ein Bestechungsversuch erblickt wurde.

Eine Gedenktafel für Heinrich Heine ist dieser Tage in Lüneburg angebracht worden. Sie ist aus schwedischem Granit und enthält die Worte: „Hier wohnte und dichtete Heinrich Heine 1823.“ In Lüneburg haben die Eltern des Dichters in den Jahren 1822 bis 1828 gewohnt und er selbst hat dort wiederholt verweilt.

Nach den seitens des österröichischen Verbandes gesammelten Erhebungen ist die geschäftliche Lage in den typographischen Betrieben Oesterreichs im zweiten Quartale d. J. bedeutend ungünstiger gewesen als im gleichen Zeitraume des Vorjahres. Bei einem Stande von 9481 Mitgliedern waren 3000 mit 26823 Tagen der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen gegen 2055 mit 19393 Tagen bei 8826 Mitgliedern im zweiten Quartale des Vorjahres. Die Zahl der tariftreuen Offizinen belief sich am Quartalschlusse auf 788. Die Zahl der Seksmaschinen ist gegen das erste Quartal dieses Jahres um 12 getiegen und beträgt jetzt 104 (34 Linotypes, 38 Typographen und 32 Monolines). Die überaus rege Agitations- und Organisationsfähigkeit behält sich im Berichtsquartale durch 267 Ausschuss- resp. Mitglieder-Verhandlungen. Konflikte kamen 9 vor, davon endeten 8 zu Gunsten der beteiligten Gehilfen.

Das Zentralkomitee des schweizerischen Typographenbundes hat in Gemeinschaft mit einer von der Sektion Bern eingesetzten Kommission am 1. August d. J. statistische Erhebungen über die Seksmaschinen im Gebiete des schweizerischen Typographenbundes aufgenommen, deren Ergebnisse namentlich vorliegen. Danach sind in 14 Druckorten resp. in 24 Offizinen 17 Typographen, 9 Linotypes und 9 Thorne-Maschinen aufgestellt. An den 26 Heilengießmaschinen stehen 33 Sezer und 1 Sezerin, während an den 9 Thorne-Maschinen 26 Personen arbeiten. Unter den letzteren figurieren „Frauzimmer“ und „Knaben“ mit zum Teile erbärmlichen Löhnen. Die Bezahlung der Sezer an den Heilengießmaschinen variiert zwischen 32 und 50 Fr. pro Woche. Alle Arbeit an den Maschinen wird im Gewehgelde geleistet. Die Arbeitszeit ist nur in zwei Druckorten eine effektiv achtstündige; in den meisten Orten beträgt sie 9 Stunden. In einigen Orten ist Schichtarbeit bei doppeitem Personale eingeführt mit 7 und 8 Stunden Arbeit, während die Maschine 14, 12 und 10 Stunden läuft; infolgedessen ist auch ein Teil der Maschinenbesitzer beständig an der Maschine und am Rasten beschäftigt. Abgesehen von den Thorne-Maschinen ist nur eine ungelernete Person, eine Sezerin, an der Linotype beschäftigt, und mit ganz vereinzelten Ausnahmen ist das Maschinenpersonal aus dem Sezerpersonal der betreffenden Druckereien herangebildet worden. In 14 Geschäften wurden 45 Sezer von ihrer bisherigen Arbeit verdrängt, während in 6 Geschäften die Maschine zur Benützung neuer Arbeiten aufgestellt wurde. In 9 Geschäften wurden 27 Sezer entlassen, in 11 anderen keine.

Das Britische Museum in hat zur Zeit einen Bücherbestand von über zwei Millionen Bänden. Die Zeitungsbände, welche bekanntlich in England infolge der meist großen Formate einen erheblichen Raum einnehmen, sind auf 80000 angewachsen und nehmen jährlich um 1650 zu. Da auch jedes neue erscheinende Buch an die Bibliothek abzuliefern ist, heißt es nun Platz schaffen. Eine Sicherung könnte dieser wie anderen Bibliotheken wohl auch nichts schaden.

In Leipzig wurde ein Maurermeister zu acht, ein Bauunternehmer zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt wegen Verächtigung gegen § 82 b des Krankenversicherungsgesetzes, welcher lautet: Arbeitgeber, welche den von ihnen beschäftigten Personen auf Grund des § 53 Lohnbeträge in Abzug bringen, diese Beträge aber in der Absicht, sich oder einem Dritten einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen oder die berechtigte Gemeindefrankensversicherung oder den Krankentasse zu schädigen, den letzteren vorzuenthalten, werden mit Gefängnis bestraft, neben welchem auf Geldstrafe bis zu dreitausend Mark sowie auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden kann. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann ausschließlich auf Geldstrafe erkannt werden.

Ein Meiereibesitzer in Splitter bei Lütitz brachte einen Konkurs mit 300000 Mk. Fehlbetrag fertig. Fernmentlich ist es dabei nicht ganz reinlich und zweifelsohne zugegangen, denn der Mann wird vorläufig hinter schweidischen Garbinnen festgehalten. Gegen sämtliche Direktions- und Aufsichtsratsmitglieder der falliten Bau- und Bodencreditbank in Dedenburg ist strafrechtliche Untersuchung und Vermögenssperre angeordnet. Der Oberbuchhalter

und der Kassierer wurden in Haft genommen. Der Direktor hat sich das Leben genommen. Das Aktientkapital betrug 480000 Fr., Einlagen usw. 1500000 Fr. Alles verschwunden.

Das Otto Ernsthche Lustspiel Flachsmann hat sich in Siegen zu einem Teile wirklich abgepielt. Es wurde dort ein Schultretor zu einem Jahre Gefängnis verurteilt, weil er seine Schulcarriere lediglich einem gefälschten Zeugnisse zu verdanken hatte. Da der Mann 25 Jahre hindurch seine verschiedenen Stellungen mit Erfolg bekleidete, so ist anzunehmen, daß ihm die Fähigkeit zum Lehramte trotz des fehlenden Zeugnisses nicht abzuspreden war.

Die Hamburger Accordmurer sollen durch eine Kommission von fünf Mitgliedern bewegt werden, ihre Sonderorganisation aufzugeben und zu dem Verbands zurückzukehren. Dies gilt als letzter Versuch, mißglückt derselbe, so werden sie von der s.-d. Partei in Hamburg ausgeschlossen — so beschloß eine Versammlung der drei dortigen Wahlkreise. So ungefähr begann der Konflikt!

In M.-Glabach wurde die Filiale des Textilarbeiterverbandes von der Polizei als politischer Verein erklärt, der die Frauen auszuschießen habe. Schöffens- wie Landgericht waren gegenteiliger Ansicht. Ein hin und wieder gehaltenen politischer Vortrag stempelten betreffenden Verein nicht ohne weiteres zu einem politischen.

Die Zahlstelle des Maurerverbandes in Bronko soll durchaus neben den Verbandsstatuten eigne Statuten der Polizei einreichen. Da solche nicht vorhanden, also auch nicht eingereicht werden konnten, so wurde der Vorstand vom Schöffengerichte zu einer Geldstrafe verurteilt und das Urteil von der Strafkammer in Posen bestätigt; es soll aber nun auf dem Wege der Revision angefochten werden. Vielleicht ergibt sich dann, daß man das, was man nicht hat, auch nicht weiter geben kann.

In Magdeburg hielt der Verband des Massage-, Bade- und Krankenpflege-Personales in Deutschland seinen ersten Verbandsstag ab. Es wurde das Verbandsstatut einer Revision unterzogen, der Monatsbeitrag von 50 auf 80 Pf. erhöht und die Gründung eines eignen Verbandsorgans beschlossen. Der nächste Verbandsstag findet 1903 in Berlin statt.

Die Direktion der Schudert Elektrizitäts-A.-G. in Nürnberg hat den von den Arbeitern gestellten Antrag, die achtstündige Arbeitszeit einzuführen, um weiteren Entlassungen vorzubeugen, angenommen.

Ein Guppstuffer in Berlin wurde von einer Eisen-gießerei entlassen, weil er zwei seiner Mitarbeiter zum Eintritt in die Organisation aufgefordert hatte, und auf die schwarze Liste gesetzt. Der so doppelte Gemahregelte klagte nun gegen die Firma auf Entschädigung des ihm erwachsenen Schadens und berief sich dabei auf § 826 des B. G. B.: „Wer in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise einem andern vorsätzlich Schaden zufügt, soll zum Schadenersatz verpflichtet sein, auch ohne daß ein Recht des andern verletzt oder gegen ein Schutzgesetz verstoßen ist.“ Das Landgericht wies die Klage ab, auch fand es in der Aufnahme des Klägers in die schwarze Liste keine Beleidigung im Sinne des Strafgesetzbuches. Die Ablehnungsgründe sind uns nicht bekannt, vermuthlich hat der Gerichtshof angenommen, daß die Ausgabe von schwarzen Listen zu den „guten Sitten“ gehört, also im vorliegenden Falle nicht gegen solche verstoßen werden konnte.

Die Arbeiter einer Berliner Eisenbahn-Betriebswerkstätte (Hofbahn) stellten um eine Lohnherhöhung an, da den Beamten nicht nur eine Teuerungszulage, sondern auch die doppelte Mietzinsentschädigung gewährt worden war. Die Antwort, welche sechs Wochen nach der Eingabe erfolgte, war die Entlassung von 150 Arbeitern und Kürzung des Stillschlohes um 15 Proz.

Lohnbewegung. Die Strumpfstreiferinnen in Berlin haben einen Erfolg aufzuweisen. Das größte Geschäft mit 150 Arbeiterinnen bewilligte 6 Proz. Lohnherhöhung. In den übrigen Betrieben arbeiten insgesamt nur 100 Streiferinnen. In Plauen i. V. traten die Schiffschneider in eine Lohnbewegung ein. Die Forderungen wurden bereits im vorigen Winter gestellt, aber nicht erreicht. Im Laufe des Sommers ist sogar eine teilweise Kürzung der Löhne eingetreten. Die Buchbindermeister in Danemark haben den 1899er Tarifvertrag für den 1. Februar 1902 geändert und einen neuen, verschlechterten Tarif in Vorschlag gebracht. Der Wädrausstand in Mailand endete durch Vergleich, dagegen freiten dafelbst die Kravatten-Arbeiter. In Rom beschloffen die Konditoren den Ausstand. Im Gebiete von Ferrara ist ein neuer Landarbeiterstreik ausgebrochen; wenn die Grundbesitzer das Vorhaben, den Bauern und Arbeitern mit Umgebung der Organisationen derselben neue, natürlich verschlechterte Pachtverträge aufzuzwängen, nicht aufgeben, so dürften sich etwa 20000 Personen an dem Streik beteiligen. Die Ausstände beziehungsweise Anruhen in Spanien werden als beendet gemeldet. Zwischen den

ausständigen Arbeitern der Eisenwerke von Montluçon und den Arbeitswilligen kam es zu einem Zusammenstoß, der das Einschreiten der Polizei zur Folge hatte. In Cadix streifen die Heizer der transatlantischen Dampfschiff-Gesellschaft.

Der Vorstand des Kantonalverbandes der Grütl- und Arbeitervereine in St. Gallen hat an die Regierung eine Eingabe gerichtet betreffend den Erlass eines Gesetzes zwecks staatlicher Intervention bei Streiks. Eine Beseitigung der sozialen und wirtschaftlichen Kämpfe ihrer Lage erwarten die Petenten von ihrem Vorschlag nicht, aber doch eine Milderung und schnellere Erledigung. Veranlaßt ist das Vorgehen durch den Uzwiler Metallarbeiterstreik, der ein halbes Jahr lang dauerte und für die Arbeiter sehr ungünstig verlief.

In Norwegen ist eine Erhöhung der Tabakzölle eingetreten, mit deren Hilfe man den Konsumenten eine Million Kronen jährlich zu Gunsten des Staatsfiskus glaubt abnehmen zu können. Eine Erhöhung der Stempelsteuer und Erbschaftsteuer ist ebenfalls geplant.

In Petersburg brach im Mai d. J. in einer Eisfabrik ein Streik aus, der vom Militär gewaltsam unterdrückt wurde. Dabei nahm man mehrere hundert Personen in Haft, von denen jetzt 37 auf der Anklagebank saßen und, mit Ausnahme von 5 freigesprochenen, zur Deportation nach Sibirien und langjähriger Zwangsarbeit verurteilt wurden. Verhandelt wurde geheim und ohne Zuziehung von Geschworenen, was in solchem Falle ungesetzlich ist. Ueber das Schicksal der übrigen damals Verhafteten ist nichts bekannt, auch über den vorerwähnten Prozeß durften die Petersburger Zeitungen keinen Bericht bringen.

**Eingänge.**

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitagess der l.-d. Partei Deutschlands. Abgehalten in Lübeck vom 22. bis 28. September 1901. Berlin, Verlag der Buchhandlung Vorwärts. 320 Seiten stark. Preis 60 Pf. Ein ausführliches Sprech- und Sachregister erleichtern die Uebersicht.

Neue Zeit (Stuttgart, Diep' Verlag), Heft 1 bis 3 des 20. Jahrganges. Dieselben enthalten u. a.: Die gegenwärtige Lage des Trade Unionismus von W. Beer. Epilog zum amerikanischen Stahlarbeiterausstande, von F. L. Franz. Strömungen im deutschen Genossenschaftswesen, von H. Feilchner. Feuilleton: Dem neuen Jahrtausend entgegen. Eine naturwissenschaftliche Umschau von Dr. Friedr. Knauer.

**Briefkasten.**

Nr. in H.: Deutsche Sprachbriefe für 20 Mk. Können wir besorgen. Naturheilanstalten, in welchen man auf Rechnung einer Orts- oder Gemeindefrankenkasse aufgenommen wird, sind uns nicht bekannt. — W. B.: 2,80 Mk. — F. R. in Weihenburg a. S.: Es lagen nur 17 bayerische 10 Pf.-Marken bei, nicht 20. — M. Sch. in Stuttgart: Alles hier angekommen, also keine Bedenken; im übrigen treffen die Befürchtungen glücklicherweise nicht zu, es ist nur vorübergehend. Besten Gruß. — Berichtigung. In dem Artikel „Entweder — oder!“ in Nr. 123 soll es in Spalte 1, Zeile 26 von oben statt: „Ich schäme mich nicht, eingesehen, daß unser“ usw. heißen: „Ich schäme mich nicht, zu fragen, wie unser“ usw. In Spalte 2, Zeile 8 von oben ist statt „Berufs-jubiläum“ Geschäfts-jubiläum zu lesen.

**Verbandsnachrichten.**

**Bezirk Nagen.** Die vierte Bezirksversammlung findet nicht am 27. Oktober, sondern Sonntag den 3. November in Eupen, Restaurant Kremer, Neustr. 20, statt. Die Tagesordnung wird den Mitgliedern durch Zirkular bekannt gegeben.

**Bezirk Reiffe.** Der Bezirksvorstand setzt sich für das laufende Jahr wie folgt zusammen: P. Grünner, Jesuitenstraße 30/31, Vorsitzender; Emil Pfändt, Breslauerstraße 5/6, Kassierer; F. Habasch, Schriftführer; Max Gebauer und Max Kunisch, Beisitzer.

Die zweite diesjährige Bezirksversammlung findet Sonntag den 24. November, vormittags 11 Uhr, in Reiffe im kleinen Saale der Loge statt. Anträge sind bis zum 10. November an den Vorsitzenden P. Grünner einzureichen.

**Jena.** Der Kollege Hermann Gay aus Leipzig-Meuditz, welcher 1897 hier konditionierte, wird um Angabe seiner Adresse an Rud. Theißel, Magdelstieg 76, ersucht.

**Barel i. D.** In der leghin abgehaltenen Generalversammlung wurden die Kollegen Herm. Awe zum Vorsitzenden, R. Elste zum Kassierer, F. Laue zum Schriftführer und C. Rühl zum Bibliothekar wiedergewählt.

**Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung.**

**Enden.** Dem Seher und Drucker Oskar Paul Böhner aus Lichtenstein (Hauptb.-Nr. 34970, Erzgeb.-Bogtl. Nr. 1160) sind in Leer sämtliche Papiere gestohlen

worden und wurde demselben vom Gau Rheinland-Westfalen ein neues Buch unter der Nr. 3661 ausgefertigt. Das Buch Erzgeb.-Bogtl. Nr. 1160 wird deshalb hiermit für ungültig erklärt.

**München.** Der Seher-Gustav Hoffmann aus Reichenberg, Hauptbuch-Nr. 9381, hat angeblich sein Quittungsbuch, Bayern 1895, verloren. Dasselbe wird hiermit für ungültig erklärt, da dem Kollegen Hoffmann ein zweites Buch ausgestellt wurde.

**Quittung.**

Für die ausgesperrten Gasarbeiter gingen in der Zeit vom 10. bis einschl. 19. Oktober bei dem Verbandsvorstande ein:

Ortsverein Gelsenkirchen, 2. Rate, 20 Mk., Verbandsmitglied in Bant-Bilfelmshaven, 2. Rate, 13,20 Mk. Für die ausstehenden Tabakarbeiter in Nordhausen: Personal der Buchdruckerei von Goltzen in Berlin 17,60 Mk.

**Kreis-Amt für den Tarifkreis II.**

Das Kreis-Amt des Kreises II (Rheinland-Westfalen) wird Mittwoch den 30. Oktober in Krefeld zu seiner ersten Sitzung zusammentreten und die Lokalzuschläge für die dafür in Betracht kommenden Druckorte des Kreises II festsetzen.

Eine besondere Einladung zu dieser Sitzung wird an die Beteiligten noch ergehen, wobei Tagesstunde und Lokal bekannt gegeben werden.

Heinrich Otto-Krefeld, Otto Mirow-Bielefeld, Prinzipalvorsitzender, Gehilfenvorsitzender.

**Kreis-Amt für den Tarifkreis V (Bayern).**

Zur Festsetzung der von den Gehilfen für die Städte Augsburg, Freising, Fürth, Landshut, Nürnberg, Passau, Regensburg, Schwabach und Würzburg beantragten Lokalzuschläge findet die erste Sitzung des Kreis-Amtes V in München statt und zwar Sonntag den 3. November, vormittags 9 Uhr, im Hotel Fränkischer Hof, Senefelderstraße 2, part. Rüd. (in der Nähe des Zentralbahnhofs). Die tariffreien Prinzipale und Gehilfen werden hierdurch eingeladen, sich schriftlich zu diesen Anträgen zu äußern oder sich bei dieser Sitzung durch je einen Delegierten vertreten zu lassen.

München, 20. Oktober 1901.  
Ludwig Wolf, Julius Hante, Prinzipalvertreter, Gehilfenvertreter.

**Typographia** \* \* \* Gesangverein \* \* \* Berliner Buchdrucker u. Schriftgiesser.

Sonntag den 27. Oktober, in Louis Kellers Festsaal, Kopenstraße 29:

**Vokal- und Instrumental-Konzert**

unter gütiger Mitwirkung

der Konzertsängerin Jenny Alexander sowie namhafter Solisten.

Aufang 6 Uhr. — Eintrittspreis 50 Pf., Kinder 10 Pf.

Sillets à 40 Pf. sind zu haben im Vereinsbüro, bei den Vereinsboten sowie bei den aktiven Mitgliedern.

Nach dem Konzerte TANZ. Daraan teilnehmende Herren zahlen 50 Pf. nach. [632 Der Vorstand.]

**Dresdner Buchdrucker-Gesangverein.**

Donnerstag den 31. Oktober (Reformationsfest):

**Familien-Abend**

(Instrumental- u. Vokalkonzert) im großen Saale des Erionan (Eingang nur Ostraallee).

Eintast 5 Uhr. Ball bis 3 Uhr. Anfang 6 Uhr.

**Im Nebenraume: Warenverlosung.**

Eintrittskarten sind nur vorher zu entnehmen beim Verwalter Herrn Steinbrück, bei unserm Boten Herrn Nachtigall und bei sämtlichen aktiven Mitgliedern. [639]

**Maschinenmeister-Verein Stuttgart.**

Sonntag den 27. Oktober, nachmitt. 3 Uhr, im Festsaal des Gewerkschaftshauses, zur

**Feier des vierten Stiftungsfestes**

Vokal- und Instrumental-Konzert, ausgeführt vom ersten Stuttgarter Konzert-Orchester unter gütiger Mitwirkung des Singchors der Gesellschaft Kopscholz und tüchtiger Solisten.

Nach dem Konzerte Tanz.

Unsere verehrlichen Mitglieder mit ihren Familienangehörigen sowie sämtliche Verbandskollegen sind freundlichst eingeladen. Der Ausschuss. [633]

**Tüchtiger Schweizerdegen**

gesucht, der mit Benzinmotor gut vertraut ist und in Hoflack d. Prinz. wech. könnte. Eintritt nach Engagem. Werte Offerten unter Nr. 630 an die Geschäftsst. d. Wl. erbeten.

**Accidenzseker**

Moderner, selbständiger, geübt im Wert- und Tonplattenmetze, sicher im Korrekturlesen und in der Kalkulation, sucht Stellung. Werte Offerten unter A. Z., Leipzig, Zandschweg 9, II. erbeten. [636]

Ein junger, tüchtiger Accidenzseker

sucht sich bis 1. November zu verändern. Event. würde derselbe auch als Zeitungsetzer eintreten. Werte Off. erb. unter R. R. 687 postl. Weihenburg a. S. — Bayern bevorzugt. [638]

**Hofort** (Sucht Jung. Seher (Stereotheppur) Kondition. Werte Off. erb. an F. Helms, Braunschweig, Döschstraße 40.

**Achtung Schriftsetzer!**

Das allgemein beliebte Schriftseker-Zeblau ist in zweiter verbesserter Auflage herausgegeben. Vollständig verändert ist das Mittelstück, das den Jünger Gutenbergs in Ausbildung seiner Kunst zeigt. Nach Aufkleben des photographischen Kopfbildes auf das auf Chromolarton in photographischem Zondunde hergestellte Zeblau erhält man einen prächtigen Zimmerdruck, der sich sehr vorteilhaft in dem passenden Rahmen ausnimmt. (Siehe Corr. Nr. 11, Jahrg. 1900).

Tableau, Bildgröße 43 : 30 cm; Papiergröße 57 : 47 cm; Preis 1,50 Mk.
Rahmen, Verpackung und Porto . . . . . 0,20 "
Rahmen, Verpackung und Porto . . . . . 2,50 "
Rahmen, Verpackung und Porto . . . . . 0,50 "

Graphische Verlags-Anstalt V. Goldschmidt, vormals Hermann Sachse, Halle a. S., Goethestraße 11. [535] Ludwig Buchererstr. 28.

**Technik der bunten Accidenz-Tabellen zur Satzberrechnung**  
Hilf. Härtel in Leipzig-N. — 3,50 Mk.

Verband der Deutschen Buchdrucker.  
**Ortsverein Dortmund.**

Samstag den 26. und Sonntag den 27. Oktober:

**XXX. Stiftungsfest**

im Gartenlaale des **Rölnischen Hofes**, unter Mitwirkung des Gesangv.-Typographia.

Samstag den 26. Oktober, abends 1/9 Uhr:  
**Kommers mit nachfolgendem Tanz.**

Sonntag den 27. Oktober, nachmittags 1/5 Uhr:  
**Konzert, Feste, Ged. und humor. Vorträge, lebende Bilder und Ball.**

Festredner: Kollege **Wenzel-Ludwigshafen**.

Mitglieder haben gegen Lösung eines Festbuches à 50 Pf. freien Zutritt. Einer regen Beteiligung der Kollegen des Gauces Rheinland-Westfalen sieht entgegen

**Das Festkomitee.** [530]

**Gautschbrief**

Hünstardendruck in alldentscher Schrift, 35 : 27 cm. Papiergröße (initiiertes Büttenpapier) 44 : 36 cm. Preis 65 Pf. Verpackung und Porto 20 Pf.

Graphische Verlags-Anstalt V. Goldschmidt, vorm. Hermann Sachse, Halle a. S., Goethestraße 11. [534] Ludwig Buchererstr. 28.

**Junger Seher**

sucht Kondition zum sofort. Eintritt. Werte Off. mit Gehaltsangabe erb. an W. Deuter, Leipzig-Neureuditz, Mühlstr. 5, I. [637]

**Erfurt.** Sonnabend den 26. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:  
**Generalversammlung.**

U. a.: Vorstandswahl. Zahlreiches Erscheinen erwartet  
Der Vorstand. [634]

**Bezirk Koburg.**

Die nächste Bezirksversammlung findet Sonntag den 27. Oktober in Hildburghausen statt. [641]

Tagesordnung u. a.: Referat des Gehilfenvertreters Johannes Böschle aus Halle.  
Der Vorstand.

**Kurt Thiele** [640]  
Buchdrucker, wird sehr um Angabe seiner Adresse gebeten. Wiesbaden, Nerothal 51.